



THLEmV e.V.

Mohrental 8, 99448 Rittersdorf

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
25.08.2023 09:30

22069/2023

Per Mail

An: [poststelle@landtag.thueringen.de](mailto:poststelle@landtag.thueringen.de)

**Den Mitgliedern des  
AfUEN**

Thüringer Landtag  
Z u s c h r i f t  
7/2888

zu Drs. 7/8233

Rittersdorf, 23.08.2023

**Anhörungsverfahren gemäß §79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags**  
**Betr. Thüringer Gesetz über die Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie**  
**Gemeinden an Windparks (ThürWindBeteilG)**

Sehr geehrte Mitglieder des Thüringer Landtags (MdL) im Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz, sehr geehrte Damen und Herren in der Landtagsverwaltung,

vielen Dank für die Beteiligung im schriftlichen Anhörungsverfahren gemäß §79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags (TLT).

Der Thüringer Landesverband Energiepolitik mit Vernunft e. V. (THLEmV) – Vernunftkraft Thüringen (VK-TH) gibt zum Antrag Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drucksache 7/8233** - folgende Stellungnahme ab.

Es wird gebeten, die nachfolgenden Hinweise und fachlichen Argumente bei der Behandlung und der Erörterung zum beabsichtigten ThürWindBeteilG zur Kenntnis zu nehmen und im Verfahren zu beachten.

**0. Vorbemerkungen:**

Der THLEmV vertritt die eingetragenen Mitglieder sowie über 70 Thüringer Bürgerinitiativen (BI'n) und betroffene Kommunen im Freistaat Thüringen. Die Stellungnahme des THLEmV umfasst:

<b>1. Standpunkt des THLEmV zu Windenergieanlagen (WEA)</b>	Seite 2
<b>2. Bewertung zum vorliegenden Antrag: Gesetzentwurf (<u>Drucksache 7/8233</u>)</b>	Seite 12
<b>3. Einschätzung zum Regelungsinhalt des ThürWindBeteilG</b>	Seite 13
<b>4. Resümee und</b>	Seite 15
<b>5. Gesamtvotum</b>	Seite 16
<u>Anlage 1</u> Standortübersicht der WEA/Windparks in Thüringen	Seite 17
<u>Anlage 3</u> Fragestellung zum Beratungsgegenstand	Seite 18

Thüringer Landesverband  
Energiepolitik mit Vernunft e.V.  
Sitz des Vereins: 99448 Rittersdorf

Internet: <http://www.thlemv.de>

## 1. Standpunkt des THLEmV zu Windenergieanlagen (WEA)

### a) Grundsätzlich

Vernunftkraft Thüringens (VK-TH) beruft sich ausdrücklich auf die geschützten Individual- und Universalrechtsgüter (Leben, Freiheit, körperliche Unversehrtheit, Gesundheit, Ehre, Eigentum, Besitz und Hausrecht) im Grundgesetz (GG) der Bundesrepublik Deutschland (BRD).

So hält der THLEmV bei der Windenergie bezüglich der Schutzgüter im GG nach wie vor an der Mindestforderung einer 10H-Abstandsregelung bei WEA – inklusive Repowering – fest.

Eine 10H-Abstandsregelung ist bei immer größer werdenden WEA-Gesamthöhen, u. a. beim Repowering mit sogenannten Schwachwindanlagen, durch die physikalisch bedingt höheren Infraschall-Emissionen notwendig und zum Schutz der Menschen (Vorsorgeprinzip im Gesundheitsschutz) angemessen und geboten.

Das Vorsorgeprinzip verfolgt den Ansatz der Risikovermeidung, die besagt, dass eine Politik oder Maßnahme nicht durchgeführt werden darf, wenn sie der Allgemeinheit oder der Umwelt Schaden zufügen kann und weiterhin kein wissenschaftlicher Konsens zu diesem Thema besteht. Das Vorsorgeprinzip ist in Artikel 191 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) festgelegt. Artikel 191 (ex-Artikel 174 EGV) legt in Absatz 1 fest: „Die Umweltpolitik der Union trägt zur Verfolgung der nachstehenden Ziele bei:

- Erhaltung und Schutz der Umwelt sowie Verbesserung ihrer Qualität;
- Schutz der menschlichen Gesundheit;
- umsichtige und rationelle Verwendung der natürlichen Ressourcen; ....“

Eine geringere Abstandsregelung als 10H wirkt sich evident und langfristig folgeschwer auf das Wohlbefinden und den Gesundheitszustand der Menschen im betreffenden Siedlungsraum aus!

Die einzige wirkliche Risikovorsorge z. B. bei Schall und Infraschall besteht in einem ausreichend großen Sicherheitsabstand von den Schallemissionsquellen (von WEA und Windparks) zur Wohnbebauung.

Besonders zu berücksichtigen ist dabei, dass sich Menschen den überwiegenden Teil ihrer Lebenszeit im Wohnbereich aufhalten und der besondere Schutzbereich Wohnung, einen persönlichen Schutzraum, ein Jedermann-Grundrecht (gem. Art. 13 und Art. 19 GG) darstellt.

Außerdem dient der Schlaf der Menschen in der Wohnung der körperlichen Erholung und Stärkung des Immunsystems, der Ausschüttung von Wachstumshormonen, der Regulierung des Stoffwechsels und der geistigen Erholung. Daher hat der „Wohn- und Schlafräum“ einen besonders hohen Stellenwert im Leben; er dient der Gesunderhaltung und dem Wohlbefinden der Menschen.

### b) Einordnung des Rechtsrahmens

Mit der Neufassung des § 249 Absatz 3 BauGB, geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1793) können die Länder in Landesgesetzen den Bezugspunkt (bauliche Nutzung zu Wohnzwecken) zu WEA festlegen.

So wurde landessgesetzlich der Mindestabstand durch die Bundesregelung auf maximal 1.000 m zur Mitte des Mastfußes der WEA begrenzt (Viertes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung - Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung vom 29. Juli 2022).

Das Baugesetzbuch (BauGB) "Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 184) geändert worden ist" bestimmt im § 249 Sonderregelungen für Windenergieanlagen an Land bunderechtlich.

**Absatz 1** „§ 35 Absatz 3 Satz 3 ist auf Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, nicht anzuwenden.“ D. h. selbst wenn öffentliche Belange entgegenstehen und die ausreichende Erschließung nicht gesichert ist.

**Absatz 2** „Außerhalb der Windenergiegebiete gemäß § 2 Nummer 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes richtet sich die Zulässigkeit der in Absatz 1 genannten Vorhaben in einem Land nach § 35 Absatz 2, wenn das Erreichen eines in der Anlage des Windenergieflächenbedarfsgesetzes bezeichneten Flächenbeitragswerts des Landes gemäß § 5 Absatz 1 oder Absatz 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes festgestellt wurde. Hat ein Land gemäß § 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 oder Satz 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes regionale oder kommunale Teilflächenziele bestimmt und wird deren Erreichen gemäß § 5 Absatz 1 oder Absatz 2 des

Windenergieflächenbedarfsgesetzes festgestellt, gilt die Rechtsfolge des Satzes 1 für das Gebiet der jeweiligen Region oder Gemeinde.“ ...

So wird der Grundsatz im § 35, Absatz 2 BauGB „Sonstige Vorhaben können im Einzelfall zugelassen werden, wenn ihre Ausführung oder Benutzung öffentliche Belange nicht beeinträchtigt und die Erschließung gesichert ist.“ für lange Zeit außer Kraft gesetzt! D. h. Öffentliche Belange stehen einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5 erst dann wieder entgegen, wenn die Flächenvorgaben des Landes nach § 5 WindBG (Feststellung und Bekanntmachung des Erreichens der Flächenbeitragswerte) und soweit hierfür durch Darstellungen im Flächennutzungsplan oder als Ziele der Raumordnung eine Ausweisung an anderer Stelle erfolgt ist. Damit können Öffentliche Belange im Genehmigungsverfahren beim Bauen im Außenbereich (gem. §35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB) erst nach Ende 2032 (vgl. §3 Abs. WindBG 1) wieder berücksichtigt werden.

Hinzu kommt noch die Regelung im **Absatz 10** „Der öffentliche Belang einer optisch bedrängenden Wirkung steht einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, dass der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, in der Regel nicht entgegen, wenn der Abstand von der Mitte des Mastfußes der Windenergieanlage bis zu einer zulässigen baulichen Nutzung zu Wohnzwecken mindestens der zweifachen Höhe der Windenergieanlage entspricht. Höhe im Sinne des Satzes 1 ist die Nabenhöhe zuzüglich Radius des Rotors.“

D. h. baurechtlich gilt bis auf weiteres sogar bei optischer Bedrängung und Einkesselung von Siedlungsflächen nur eine 2H-Beschränkung.

Das einzige noch wirksame Schutzgut stellt die längst veraltete und überholte TA-Lärm dar, indem im Außenbereich nachzuweisende Schallimmissionsrichtwerte - in der Nacht von 45 dB(A) - einzuhalten sind.

Selbst diese Schutzmaßnahme der **TA-Lärm** wurde im Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG) "Energiewirtschaftsgesetz vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970; 3621), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202) geändert, im **"§ 49 Anforderungen an Energieanlagen; Verordnungsermächtigung"** im Absatz 2b ausgehebelt. „Witterungsbedingte Anlagengeräusche von Höchstspannungsnetzen gelten unabhängig von der Häufigkeit und Zeitdauer der sie verursachenden Wetter- und insbesondere Niederschlagsgeschehen bei der Beurteilung des Vorliegens schädlicher Umwelteinwirkungen im Sinne von § 3 Absatz 1 und § 22 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes als seltene Ereignisse im Sinne der Sechsten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm). Bei diesen seltenen Ereignissen kann der Nachbarschaft eine höhere als die nach Nummer 6.1 der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm zulässige Belastung zugemutet werden. Die in Nummer 6.3 der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm genannten Werte dürfen nicht überschritten werden. Nummer 7.2 Absatz 2 Satz 3 der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm ist nicht anzuwenden.“

D. h. nach **Abschnitt 7.2 TA Lärm** – „Bestimmungen für seltene Ereignisse“ gilt: „Ist beim Betrieb einer Anlage zu erwarten, dass in seltenen Fällen oder über eine begrenzte Zeitdauer (nicht mehr als zehn Tagen oder Nächten eines Kalenderjahres und nicht an mehr als an jeweils zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden), die Immissionsrichtwerte nach den Nummern 6.1 und 6.2 nicht eingehalten werden, ist eine Überschreitung im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für genehmigungsbedürftige Anlagen zulässig.“

Die Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 19. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1792) geändert wurde, wurde erneut in Artikel 10 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202) geändert, indem „**§ 31k BImSchG** Abweichungen von Vorgaben zu nächtlichen Geräuschwerten und zur Vermeidung von Schattenwurf bei Windenergieanlagen“ neu geregelt wurde.

Derart „soll die zuständige Behörde auf Antrag des Betreibers Abweichungen von einzelnen in der Genehmigung enthaltenen Anforderungen an die Geräusche zur Nachtzeit unter Abweichung von den Immissionsrichtwerten der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm und an die optischen Immissionen der Windenergieanlage zulassen,

1. um die Strommenge einer Windenergieanlage zu erhöhen, deren Betriebszeit zur Verminderung oder Vermeidung von Schattenwurf beschränkt ist, oder

2. um die Leistung oder die Strommenge einer Windenergieanlage in der Nachtzeit zu erhöhen, soweit sich der Schallpegel der Anlage in dieser Zeit um maximal 4 Dezibel gegenüber dem bisher genehmigten Wert erhöht.“

In der Bundesrat Drucksache 292/1/22 zu Punkt 8 der 1023. Sitzung des Bundesrates am 8. Juli 2022 Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts im Zusammenhang mit dem Klimaschutz-Sofortprogramm wird dazu unter 3. ausgeführt: „Der Bundesrat erkennt die Notwendigkeit an, zur Beschleunigung des Übertragungsnetzausbaus Prüfungen von Lärmschutzgesichtspunkten auf das erforderliche Minimum zu beschränken. Er sieht die hierzu in § 49 EnWG eingebrachte Ergänzung als nicht zweckdienlich an, da hierdurch der Prüfungsumfang nicht reduziert, sondern lediglich der Lärmschutz-Standard deutlich abgesenkt wird. Darüber hinaus entstehen im Lärmschutz-Regelwerk Inkonsistenzen. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, § 49 Absatz 2b EnWG baldmöglichst in eine mit der TA-Lärm vereinbare Fassung zu ändern.

Begründung (nur gegenüber dem Plenum):

§ 49 Absatz 2b EnWG öffnet den Sachverhalt der „seltenen Ereignisse“ der TA-Lärm für alle witterungsbedingten Geräusche von Höchstspannungsnetzen unabhängig von Dauer und Häufigkeit der verursachenden Wetterlagen. Faktisch werden hiermit alle wesentlichen Anlagengeräusche erfasst und kommen dadurch in den Genuss deutlich höherer Lärmrichtwerte. Bei reinen Wohngebieten wird hierdurch der relevante Lärmrichtwert von 35 auf 55 dB(A) erhöht.

Die Begründung der Bundestags-Beschlussvorlage macht deutlich, dass das Hauptanliegen der Ergänzung ist, dass „die bislang für Anlagen geltenden Grenzwerte nach Nummer 6.1 der TA-Lärm nicht mehr eingehalten werden müssen“. Eine derartig große und zudem pauschale Absenkung von Lärmschutzstandards ist zur Verfahrensbeschleunigung nicht erforderlich.“

Diese Position ist nicht nur besonders bemerkenswert, sondern auch doppelt verhängnisvoll. Der Bundessrat sieht die in § 49 EnWG eingebrachte Ergänzung als nicht zweckdienlich an, da hierdurch der Lärmschutz-Standard deutlich abgesenkt wird und im Lärmschutz-Regelwerk Inkonsistenzen bestehen. Die Bundesregierung wird sogar aufgefordert, § 49 Absatz 2b EnWG baldmöglichst in eine mit der (neuen) TA-Lärm vereinbare (neue) Fassung zu ändern.

Dabei muss 1. festgestellt werden, der § 49 Absatz 2b EnWG regelt im Absatz 2b nur „Witterungsbedingte Anlagengeräusche von Höchstspannungsnetzen“ und nicht die von Windenergieanlagen. 2. wird mit § 49 Absatz 5 EnWG den Ländern eine unbestimmte Verordnungsermächtigung „blanko“ erteilt. So kann „Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann im Einzelfall die zur Sicherstellung der Anforderungen an die technische Sicherheit von Energieanlagen erforderlichen Maßnahmen treffen.“

Mit einer (zunächst) befristeten EU-Notstandsverordnung (VERORDNUNG (EU) 2022/2577 DES RATES vom 22.12.2022 zur „Festlegung eines Rahmens für einen beschleunigten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien“), wird im Gesetzgebungsverfahren beim Bund und in den Ländern mit wiederholt praktizierten Methoden, fragwürdige Kabinettsentscheidung, verordnete Handlungsempfehlung, zahlreiche Artikelgesetze in kurzer Zeit, Verkürzung/Verzicht der Öffentlichkeitsbeteiligung, Umgehung/Verzicht des Bundesrats, Notstandsverordnung und -Gesetzgebung) gehandelt. Im Bundestag wurde fernerhin ein wenig nachvollziehbares und kaum überschaubares Bündel von Gesetzesvorhaben zur Umsetzung der EU-Notstandsverordnung gestartet und ohne Rücksicht auf Betroffeneninteressen in Kraft gesetzt. Alle angeblich alternativlos. Die „dringenden“ und einschneidenden Bundesgesetze gehen dabei oft lautlos am betroffenen Bürger (Wähler) vorbei. Im Eilverfahren fehlt es auch an der Gelegenheit und Zeit zur Stellungnahme. Die Medien verbreiten nach Inkrafttreten der Gesetze schließlich nur noch das zustande gekommene Ergebnis. Eine fachliche und sachliche Erörterung und eine kritische Berichterstattung findet kaum noch statt. Die EU-Notverordnung ist bis 22. Juni 2024 in Kraft. Sie kann nach einer Überprüfung verlängert werden.

Der Bundesrat hat am 3. März 2023 beschlossen, die sogenannten EU-Notfallverordnung umzusetzen. Damit sollen die Verfahren zum Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze weiter beschleunigt werden. Gemeinsam mit der Novelle des Raumordnungsgesetzes („Gesetz zur Änderung des Raumordnungsgesetzes und anderer Vorschriften“ – ROGÄndG“) wurden entsprechende Regelungen im Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land vom 20. Juli 2022 (Artikel 1 Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (Windenergieflächenbedarfsgesetz – WindBG), Artikel 2 Änderung des Baugesetzbuchs, Artikel 3 Änderung des Raumordnungsgesetzes, Artikel 4 Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, Artikel 5 Inkrafttreten am 1. Februar 2023), im Zweites Gesetz zur Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes und anderer

Vorschriften vom 20. Juli 2022, im Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor, Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts im Zusammenhang mit dem Klimaschutz-Sofortprogramm und zu Anpassungen im Recht der Endkundenbelieferung, Viertes Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes Energiewirtschaftsgesetz vom 20 Juli 2022, Gesetz zur Änderung des Raumordnungsgesetzes und anderer Vorschriften (ROGÄndG) vom 22. März 2023, und Gesetz zur Änderung des Raumordnungsgesetzes und anderer Vorschriften (ROGÄndG) vom 22.03.2023 (Artikel 1 Änderung des Raumordnungsgesetzes, Artikel 2 Änderung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung, Artikel 7 Änderung des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes Übertragungsnetz, Artikel 8 Änderung des Standortauswahlgesetzes, Artikel 9 Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes, Artikel 10 Änderung der Verordnung über das Genehmigungsverfahren (§ 23a Raumverträglichkeitsprüfung und Genehmigungsverfahren „Die Genehmigungsbehörde hat die bei der Raumverträglichkeitsprüfung nach § 15 des Raumordnungsgesetzes überschlägig geprüften Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt nach Maßgabe des § 20 Absatz 1b bei der Entscheidung über den Antrag zu berücksichtigen.“ D. h. die Raumverträglichkeitsprüfung endet innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Vorliegen der vollständigen Verfahrensunterlagen unabhängig vom Stand der Prüfung), Artikel 11 Änderung des Planungssicherstellungsgesetzes, Artikel 12 Änderung der Raumordnungsverordnung (D. h. die „Raumverträglichkeitsprüfung“ erfolgt nur auf Grundlage eines Antrags gem. § 15 Absatz 4 Satz 1 des ROG. Demnach ist das „Raumordnungsverfahren“ innerhalb einer Frist von sechs Monaten abzuschließen.), Artikel 13 Änderung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (zur Verfahrenserleichterungen in Windenergiegebieten: „Wird die Errichtung und der Betrieb einer Windenergieanlage ..... in einem ausgewiesenen Windenergiegebiet nach § 2 Nummer 1 beantragt, ist im Genehmigungsverfahren abweichend von den Vorschriften des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung eine Umweltverträglichkeitsprüfung und abweichend von den Vorschriften des § 44 Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes eine artenschutzrechtliche Prüfung nicht durchzuführen.“

Wild lebende Tiere und besonders bzw. streng geschützte Arten können durch die Maßnahme straflos verletzt oder getötet sowie in Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich gestört werden. Eine Prüfung, ob eine erhebliche Störung vorliegt, oder ob durch die Zustandsstörung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art gefährdet ist, bzw. sich verschlechtert, findet nicht mehr statt. Umfassende Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) müssen nicht mehr durchgeführt werden, wenn die WEA in einem ausgewiesenen Windenergievorranggebiet (WVG) steht. Die WVG wurden bisher über die Regionalpläne festgelegt, wo nur noch eine vereinfachte Strategische Umweltprüfung (SUP), d. h. als „Raumverträglichkeitsprüfung“ erfolgt. Eine Prüfung vorhandener geschützter Arten ist in 6 Monaten praktisch nicht möglich. Wird zufällig eine geschützte Art im Plangebiet festgestellt, so führt das nicht mehr zu einer Ablehnung des Bauantrages oder der Betriebserlaubnis. Die zuständige Genehmigungsbehörde kann ggf. zumutbare „Minderungsmaßnahmen“ anordnen. Erfolgt dies nicht, so wird die Minderungsmaßnahme abgegolten (gem. § 6 Abs 1 S5 WindBG). „Soweit geeignete und verhältnismäßige Maßnahmen nicht verfügbar oder Daten nicht vorhanden sind, hat der Betreiber eine Zahlung in Geld zu leisten. Die Zahlung ist von der zuständigen Behörde zusammen mit der Genehmigung für die Dauer des Betriebes als jährlich zu leistender Betrag festzusetzen. Die Höhe der Zahlung beträgt:

1. 450 Euro je Megawatt installierter Leistung, sofern Schutzmaßnahmen für Vögel angeordnet werden, die die Abregelung von Windenergieanlagen betreffen, oder Schutzmaßnahmen, deren Investitionskosten höher als 17 000 Euro je Megawatt liegen,
2. ansonsten 3 000 Euro je Megawatt installierter Leistung.“

Die vorgenannten drastischen Rechtsänderungen wurden alle im „Eilverfahren“ - ohne jegliche Öffentlichkeitsbeteiligung - angepasst. Dies hat u. a. **zum massiven Verlust an Akzeptanz beigetragen!!!**

Der Verzicht der Umweltverträglichkeitsprüfung und der artenschutzrechtlichen Prüfung ist regulär ein Verstoß gegen Unionsrecht, speziell der Vogelschutz-Richtlinie (V-RL), der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) sowie der Umweltverträglichkeitsprüfungs-Richtlinie (UVP-RL). Allerdings hat die EU mit der EU-Notfallverordnung gezielte Abweichungen von den bisherigen unionsrechtlichen Richtlinien zugelassen. Wie dies unionsrechtlich zu bewerten wird im Gutachten von Rechtsanwalt Dr. Rico Faller festgestellt: „Tempo beim Windenergieausbau durch die Novellierung von § 6 WindBG? Eine kritische Einordnung“ Der Deutsche Bundestag setzt mit dem „Gesetz zur Änderung des Raumordnungsgesetzes und anderer Vorschriften (ROGÄndG)“ vom 22. März 2023 die Reihe „Unionsrechtswidriger Abbau des Naturschutzes,

ohne den Ausbau der erneuerbaren Energien zu erreichen“ nahtlos fort. Die Änderungen weisen, wie auch schon vorhergehende Gesetzesänderungen mit der gleichen Stoßrichtung, systematische Verstöße gegen das Recht der Europäischen Union auf und konterkarieren daher auch das Ziel, Rechtssicherheit für den Ausbau erneuerbarer Energien zu schaffen.

Auch das Verschlechterungsverbot für Natura 2000-Gebiete stellt eine ständige weitreichende Verpflichtung dar. Allgemein gilt, dass Tätigkeiten nur dann im Einklang mit Art. 6 Abs. 2 FFH-RL stehen, wenn gewährleistet ist, dass sie sich nicht negativ auf die Schutzgüter des jeweiligen Natura 2000-Gebiets auswirken. Sie dürfen also weder zu einer Verschlechterung von Lebensräumen noch zu einer erheblichen Störung von Arten führen. Für einen Verstoß gegen das Verschlechterungsverbot reicht es bereits aus, wenn die Wahrscheinlichkeit oder die Gefahr einer Verschlechterung bzw. erheblichen Störung besteht (vgl. EuGH, Urteile C-404/09, C-141/14, C-461/14).

***Gegen diese problematische Gesetzgebung (EU-Notfallverordnung) wird aktuell eine Klage mit europäischen Nachbarn vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) geführt.***

***Klage, eingereicht am 16. September 2022 – Fédération environnement durable u. a./Kommission (Rechtssache T-583/22)***

Alle o. a. Rechtsänderungen mit den anstehenden Rechtsfolgen und Konflikten stehen im Kontext mit dem ThürWindBeteilG. Die fehlende Akzeptanz und der Widerstand beim Windenergieausbau liegt in den Ursachen einer verfehlten Energiepolitik begründet, durch das Ignorieren der Naturgesetze (Physik), der Überschätzung technologischer Lösungen (Speicher, Netze, Digitalisierung) und der Missachtung von technischen und betriebswirtschaftlichen Regeln zur sicheren Energieversorgung, die zudem noch im Konflikt zum Naturschutz stehen (vgl. „Energiepolitisches Zieldreieck“ Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Umweltverträglichkeit). Daher und wegen der mangelnden bis unmöglichen Beteiligung der Betroffenen Bevölkerung und hauptsächlich wegen eines zu geringen Abstandes der WEA zur Wohnbebauung ist der Windenergieausbau in Thüringen ins Stocken geraten (großer Akzeptanzverlust). Wen wundert es dann noch, dass die unrealistischen Flächenziele (2,2 %) beim Ausbau der Windenergie an Land nicht erreicht werden!

Der eilig geschaffene Rechtsrahmen (auf EU-, Bundes- und Landesebene) steht ebenso im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Antrag zum ThürWindBeteilG. Viele neue nicht nachvollziehbare Rechts- und unüberschaubare Gesetzesänderungen haben das Vertrauen in die bisher schon schwierige Gesetzgebung massiv verunsichert (Vertrauensverlust). Wie kann bei einem solchen Vorgehen und Verfahren noch Verständnis vom Bürger erwartet bzw. die notwendige Akzeptanz für den Ausbau der sogenannten „Erneuerbaren“, speziell bei der Windenergie erreicht werden?

Mit dem ThürWindBeteilG soll die verlorene Akzeptanz in der Bevölkerung, zur Realisierung von Vorhaben der Windenergie durch Vorteils- und Geschenkversprechen maßgeblich gesteigert und auch die kommunalen Planungsprozesse in Sachen Windenergie durch finanzielle Anreize und Beteiligungsmodelle angereizt werden („Notnagel“).

Dabei können die Länder andere, weitere Regelungen treffen, auch zur Regelung der Abstände auf bestehende Flächennutzungs- oder der Regionalpläne (vgl. Art. 72 Abs. 3 GG).

Art. 72 Absatz 2 GG gibt vor „Auf den Gebieten des Artikels 74 Abs. 1 Nr. .... , 11, .... hat der Bund das Gesetzgebungsrecht, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht.“

Gemäß Absatz 3 gilt jedoch auch: „Hat der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit Gebrauch gemacht, können die Länder durch Gesetz hiervon abweichende Regelungen treffen über: ....

2. den Naturschutz und die Landschaftspflege (ohne die allgemeinen Grundsätze des Naturschutzes, das Recht des Artenschutzes oder des Meeresnaturschutzes);

3. die Bodenverteilung;

4. die Raumordnung;

5. den Wasserhaushalt (ohne stoff- oder anlagenbezogene Regelungen); ...“.

Ein Gesetzgebungsrecht des Bundes besteht laut Art. 72 Abs. 2 GG nur dann und „soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht.“ (sogenannte Erforderlichkeitsklausel).

Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet wird bezüglich Art. 72 Abs. 2 Nr. 11. GG schon deshalb bezweifelt, da durch die Bundesgesetzgebung – hier: **WindBG, ROGÄndG u. a.** – sich die Unterschiede und die Konflikte zwischen Stadt und Land nicht verringern, sondern immer mehr verstärken (z. B. Lebensqualität, Ungleichbehandlung und Risikoverlagerung).

Eine weitere Verschärfung und zusätzliche Konflikte werden mit dem beabsichtigte **ThürWindBeteilG** befürchtet.

Nach der Auffassung der **Fachagentur Windenergie an Land** beeinflusst der Abstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung nicht signifikant die Akzeptanz vor Ort. <https://www.fachagentur-windenergie.de/aktuelles/detail/fa-wind-veroeffentlicht-aktuellen-studienvergleich/>

Vielmehr falle nach einer Studie die Akzeptanz und erlebte Belästigung mit anderen Faktoren zusammen: „Eine finanzielle Beteiligung an Windenergieprojekten kann die Akzeptanz erhöhen und Belästigungen vermindern. Andererseits nimmt die Belästigung zu, wenn WEA von der Wohnung aus gesehen werden können.“

Der THLEmV beurteilt diese gewagten Thesen völlig anders: Eine finanzielle Beteiligung können die Belastungen real und auf Dauer nicht nachhaltig mindern. Geldleistungen, Schenkungen und andere räumlich begrenzte Vorteile führen schließlich dazu, dass die Beeinträchtigungen bis zu einem kritischen Punkt hingenommen werden und dies gesetzlich geregelt auf 20 Jahre (eine Generation). Bisherige Werte und die Moral bleiben auf der Strecke. Die Behauptung die Belastung nimmt zu, wenn WEA von der Wohnung aus gesehen werden, suggeriert schon was ich nicht sehe ist nicht vorhanden. Ebenso wie die bekannte Argumentation Schadstoffe und Umweltgifte die „unsichtbar“ sind oder an anderem Ort (im Ausland) unglaubliche Umweltschäden verursachen, sind nicht da. Ebenso das widersinnige Argument: Infraschall von WEA sei unschädlich, da dieser unter der Wahrnehmungsschwelle liegt. Auch CO, Radioaktivität, Asbest, CFK-Partikel können nicht wahrgenommen werden. Zur Versachlichung sollte vielmehr und unabhängig eine Auseinandersetzung den tatsächlichen nachgewiesenen Wirkungsfaktoren erfolgen.

Der THLEmV sieht es daher als äußerst wichtig und damit notwendig an, „**Schutzräume**“ zur Wohnbebauung zu schaffen und zu sichern, z. B. indem Thüringen mit § 249 Abs. 9 BauGB die Möglichkeit nutzt, landesgesetzlich Mindestabstände von höchstens 1.000 Metern zur bezeichneten baulichen Nutzung von Wohnzwecken ebenso in das LEP aufzunehmen. Dies ist im Rahmen der bestehenden bundesrechtlichen Vorschriften nur ein kleiner aber wichtiger Schritt in die richtige Richtung – zum Schutz der Menschen (Vorsorgeprinzip)!

Das Risiko **gesundheitlicher Beeinträchtigungen** der betroffenen Bevölkerung mit verheerenden Langzeit- und Spätfolgen (verursacht durch Emissionen der WEA) ist sehr hoch und kann gravierende Auswirkungen nach sich ziehen. Der Staat ist an das Grundgesetz gebunden (Art. 2 Abs. 2 GG) und darf auch nicht in das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen (hier: „persönlicher Schutzbereich“) eingreifen, wenn sich diese bewusst vor gesundheitlichen Schäden schützen wollen. Mit dem **ThürWindBeteilG** greift der Freistaat Thüringen auch in das Selbstbestimmungsrecht und den Schutzbereich der Betroffenen ein. Selbst wenn nur Teile der Einwohner mittels Geldleistungen ihre Bedenken zur Beeinträchtigung durch WEA zurückstellen, hat dies schwere Auswirkungen auf andere Einwohner (z. B. Nachbarn) mit Bedenken. Mit dem **ThürWindBeteilG** bringt der Freistaat Thüringen durch ein gesetzliches Vorteilsversprechen Betroffene in eine weitere Konfliktsituation (Vorteil vs. Moral). Durch ein solches Gesetz wird die gesellschaftliche Spaltung über die Einwohner der Gemeinde hinaus noch verschärft, indem eine zusätzliche Konkurrenz zwischen den benachbarten Gemeinden entsteht und der Streit zwischen verschiedenen Anspruchsberechtigten vorprogrammiert ist. Wenn bei der Fortschreibung des LEP „die Frage des Mindestabstands zur Nutzung der Windenergie zu Wohngebäuden“ im Sinne der noch vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten im berechtigten Interesse der beeinträchtigten Anwohner grundsätzlich in allen vier Planungsgemeinschaften als hartes Tabu-Kriterium geregelt werden kann (wie 1.000 m Mindestabstand von WEA zur Wohnbebauung lt. Antrag zur **Änderung der ThürBO - 7/1584**) ist das ein wichtiger Schritt und bringt mehr Planungs- und Rechtssicherheit.

### c) Zur Umsetzung im Freistaat Thüringen

Im Diskussionsforum des Thüringer Landtags wird zur „*Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Gemeinden an Windparks*“ bei den Begleitunterlagen explizite auf den Ersten Entwurf zur Änderung des Landesentwicklungsprogramms Thüringen (LEP) verwiesen.

Ein Hauptziel der beabsichtigten Änderungen im LEP ist es u. a. neue Regelungen zu schaffen, um insbesondere den Ausbau der Windenergie voranzutreiben. Demnach sollen die Gemeinden im ländlichen Raum mehr Einfluss bei der Steuerung der Windenergienutzung bekommen. Dies kann allerdings nicht nur im Sinne des verstärkten Ausbaus der Windenergie gelten, sondern muss auch die Interessenlage der betroffenen Einwohner in den Siedlungsgebieten (verbriefte Schutzgüter im GG) berücksichtigen.

Planungsrechtlich soll zukünftig eine außergebietliche **Ausschlusswirkung** der Vorranggebiete Windenergie nicht mehr gelten. Gemeinden sollen in dem Gemeindegebiet bauleitplanerische Sondergebiete für WEA ausweisen können. So ist beabsichtigt die Mindestabstände von WEA zu Wohngebäuden schrittweise weiter zu reduzieren. Außerdem soll das Ersetzen von Bestandsanlagen durch leistungsfähigere (höhere) Anlagen (Repowering) unter Umgehung von weiteren Verträglichkeitsprüfungen erleichtert werden, damit angeblich eine klimaneutrale Energieversorgung von Industrie- und Gewerbestandorten sichergestellt werden kann.

Nach Auffassung von VK-TH ist das unter den gegebenen Rahmenbedingungen physikalisch, technisch (Stand der Technik) und wirtschaftlich (unbezahlbar) weder in Thüringen noch bundesweit möglich! Die grundsätzlichen (anerkannten und unwiderlegbaren) Anforderungen an Energieversorgungssysteme und die Stromversorgung/-Netze sind unbestritten Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Bezahlbarkeit. (energiepolitisches Zieldreieck). Diese Ziele durch einen „ausgewogenen Mix aus erneuerbarer Energie“ erreichen zu wollen, ist unter den gegebenen politischen Umständen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen, dem Stand der Technik auf lange Zeit eine Illusion.

Denn Windenergie ist nicht ständig und nicht konstant verfügbar, nur schwer und extrem teuer speicherbar. Windenergie ist daher keine verlässliche Energiequelle. Um die benötigte Energie „erneuerbar“ zu erzeugen werden viel Wind und sehr große Flächen benötigt. Bei geringer Windstärke, Windstille oder Starkwind (-Abschaltung) muss zusätzlich auf andere, überwiegend fossile Energiequellen gesetzt werden. Die mittlere Leistungsdichte von WEA im Binnenland (z. B. TH) liegt in der Größenordnung von nur 40 W/m<sup>2</sup> Rotorfläche. Die Konsequenz: Mit einem Quadratmeter Rotorfläche eines Windrades kann man lediglich 40 Watt Elektroenergie (Strom) erzeugen. D. h. eine 40 Watt-Glühbirne rund um die Uhr betreiben, falls man den Windstrom speichern kann. Bei einer **Wind-Stromerzeugung von über 125 TWh/a** (Terrawattstunden pro Jahr) in 2022 - Vgl. Link:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156379/umfrage/stromerzeugung-durch-windkraft-in-deutschland-seit-1998/> - entspricht dass etwa **40 Pumpspeicherwerken Goldisthal** (dem größten in Deutschland). Diese Dimension liegt jenseits aller räumlichen, technischen und finanzierbaren Möglichkeiten.

Der weitere Ausbau der Windenergie „stockt“ überwiegend aus planungs- und naturschutzrechtlichen Gründen. Die Vorhaben stoßen auf massive Gegenwehr (Einwände, Klagen) bei der Landbevölkerung und den Gemeinderäten, weil Bedenken und Sorgen nicht hinreichend beachtet oder ausgeräumt werden. Daran ändert sich auch nichts, mit den zur Umsetzung der in Thüringen gesetzlich verankerten Zielvorgaben im Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG). So sollen die für Windenergie ausgewiesenen Flächen von derzeit 0,4 auf 2,2 Prozent der Landesfläche, d. h. um mehr als das fünf-fache gesteigert werden!

Eine solche Steigerung ist schon deshalb nicht notwendig, da derzeit in Thüringen bereits **876 WEA mit einer installierten Leistung von 1.802 MW (= 1,8022 GW) in Betrieb** sind (Standort-Übersicht siehe ● **Anlage 1**). Weitere **54 WEA mit einer installierten Leistung von 278,67 MW (0,278 GW)** sind in **Planung bzw. im Genehmigungsverfahren** (Standort-Übersicht siehe ● **Anlage 1**).

Der Bruttostromverbrauch in Deutschland lag im Jahr 2022 bei rund **547 Terawattstunden**. Damit lag das Bruttostromverbrauch nur leicht unter dem Niveau des Jahres 1990. Vgl.

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/256942/umfrage/bruttostromverbrauch-in-deutschland/#:~:text=Der%20Bruttostromverbrauch%20in%20Deutschland%20lag,dem%20Niveau%20des%20Jahres%201990.>



Nach dem Plan der RRG-Landesregierung besteht das Ziel der bilanziellen Deckung des Energiebedarfs bis 2040. So soll zum einen die bilanzielle Deckung des Stromverbrauchs und zum anderen auch die Energiebedarfe in den Sektoren Wärme und Verkehr bilanziell aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. *„Das heißt, dass in Thüringen jährlich mindestens so viel Strom aus erneuerbaren Energien produziert werden muss, wie im Jahr verbraucht wird. Dabei wird davon ausgegangen, dass über das Jahr 2040 hinaus noch in begrenztem Umfang fossile Energiequellen zum Einsatz kommen. Dieser fossile Restbedarf kann nur durch einen höheren Beitrag der erneuerbaren Energien ausgeglichen werden. Thüringen muss insoweit mittelfristig per Saldo vom Stromimporteur zum Stromexporteur werden.“ ....*

*„Die bilanzielle Deckung des Energiebedarfs aus einem Mix eigener erneuerbarer Energien bedeutet für das Jahr 2040 auch einen Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch in Höhe von 100 Prozent. Als Zwischenziel wird für 2030 in Höhe von 55 Prozent angestrebt.“*

Eine konkrete und überprüfbare Größenordnung (valider Energieplan) ist in der Integrierten Energie- und Klimaschutzstrategie nicht festgelegt. Damit besteht keine Übersicht bezüglich der künftigen Energiebedarfe in den einzelnen Sektoren und auch kein valider Plan zu realistisch umsetzbaren Erzeugungskapazitäten, damit auch eine große Planungs-Unsicherheit beim weiteren Ausbau.

Um dennoch den erklärten massiven Windenergieausbau zu erreichen soll nun vordergründig die Akzeptanz in der Bevölkerung und zur Umsetzung der geplanten Flächenziele durch fragwürdige materielle Anreize (Vorteils- und Geschenkversprechen) weiter gesteigert werden.

Bisher erfolgt die Beteiligung im kommunalen Bereich schon mit der laufenden Fortschreibung des LEP, indem die Regionalen Planungsgemeinschaften mehr Verantwortung für die Erreichung der Flächenbeitragswerte des WindBG zugewiesen werden sollen, obwohl schon das Wind-an-Land-Gesetz als auch der Erste Entwurf zur Änderung des Landesentwicklungsprogramms vom 22. November 2022 vorsehen, dass gemeindliche Planungen ergänzend beitragen können. Zur Beschleunigung im kommunalen Planungs- und Beteiligungsprozesse zum schnelleren Windenergieausbau soll die notwendige Akzeptanz vor Ort zusätzlich durch mehr Teilhabe (Abfindung) erreicht werden. Hierzu sind verschiedene Formen einer finanziellen Beteiligung vorgesehen.

Entgegen der bundesweiten Umfragen, wie auch im Thüringen-Monitor 2022 mit einer vermeintlich hohen Zustimmung zum Ausbau der erneuerbaren Energien, ergibt sich in der Realität vor Ort ein völlig anderes Bild, indem die Sinnhaftigkeit der jeweils geplanten Windenergieprojekte berechtigt in Frage gestellt wird.

Um der Auffassung, *dass die Einwohner auf dem Land die leidtragenden des Windenergieausbaus sind* argumentativ entgegen zu wirken, soll mit dem Slogan größere Beteiligung an der „Wertschöpfung“ mehr Akzeptanz geschaffen werden. Akzeptanzforschung gehen davon aus, dass bei einer entsprechend hohen finanziellen Beteiligung an der Wertschöpfungskette die Akzeptanz bei den betroffenen („leidtragenden“) Bürger steigt.

Der „neue Ansatz zur Akzeptanzförderung“ - nach 20 Jahren gescheiterter Energiewende - hinterlässt den bitteren Geschmack von Schadenersatz und notgedrungen Abfindung für fortan weitere Beeinträchtigungen und Risiken und oder von „Bestechung“ zur zweifelhaften Zielerreichung.

Die durch die Energiewende verursachte Energiepreisentwicklung und deren Folgen für private Haushalte, die Wirtschaft und die Kommunen wird argumentativ ausgenutzt, um der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass sich *„das Interesse der Bürgerinnen und Bürger daran steigen lassen, an dem in der Gemeinde produzierten Strom zu partizipieren und persönlich entlastet zu werden.“ Und „dass die Chancen, mit Windenergieprojekten vor Ort Wertschöpfung zu generieren, ein wichtiges Instrument für die Akzeptanzsteigerung sein können.“*

So ist u. a. beabsichtigt, dass die Gemeinden im Umfeld von Windenergieanlagen spürbar von der Windenergienutzung profitieren könnten. Dazu sollen allerdings die Kommunen nach der „Metastudie: Potenziale Vorranggebiete Wind“ vom 12. April 2021, folgende einschneidende Maßnahmen hinnehmen:

- „1. Absenkung des Mindestabstands von VRG zu Siedlungen in Mittelthüringen auf das in den übrigen Planungsregionen geltende Maß“,
- „2. Verminderung der Mindestabstände zwischen zwei Vorranggebieten von derzeit 5 km auf niedrigere
- „3. Verkleinerung der Mindestgröße von VRG auf weniger als 25 ha,“
- eine „ 4. Überprüfung der notwendigen Größe der Schutzbereiche um die Kulturerbestandorte im Rahmen

von Einzelfallprüfungen,“

- „5. **Verringerung der Mindestabstände zu Siedlungen** (ggf. differenziert nach Siedlungsgröße) auf weniger als 1.000 m,“

- „6. **Einbeziehung von Teilflächen der Naturparke**, soweit es sich nicht um Teilgebiete mit strengeren Schutzvorschriften (z. B. Naturschutzgebiete) handelt,

- „7. **Einbeziehung von Teilflächen von Landschaftsschutzgebieten**, soweit es sich nicht um Teilgebiete mit strengeren Schutzvorschriften handelt,“.

Schon allein die in Nummer 1. bis 7. vorgeschlagenen Maßnahmen konterkarieren die gebotenen Schutzgedanken im Gesundheits-, Natur- und Landschaftsschutz. Die angeführten Maßnahmen stellen außerdem zu den unrealistischen Zielen unverhältnismäßig hohe, unbegründete und im GG geschützte Eingriffe in Lebensbereiche der Menschen dar. Deshalb werden vorgenannte Nr. 1. bis 7. vom THLEmV abgelehnt.

Es ist **nicht akzeptabel**, dass nach gut Dünken (im Mainstream aus ideologischen oder anderen politischen Gründen bzw. nach Kassenlage beim Land oder in den Kommunen) strategische Ziele durch übertriebenen Betätigungsdrang willkürlich angepasst oder beliebig geändert werden.

Nach dem **ThürWindBeteilG** sollen die Betreiber der WEA gesetzlich verpflichtet werden, einen bestimmten Betrag pro erzeugte Kilowattstunde (kWh) zu zahlen. Die Beteiligungsregelung soll dabei immer gelten, egal ob die WEA auf einem privaten oder kommunalen Grundstück stehen. Vorgesehen ist, dass die Kommunen in einem Radius von 2.500 Metern um Windräder jeweils **0,2 Cent** pro erzeugte Kilowattstunde erhalten, der Anteil der Bürger solle bei **0,1 Cent** pro Kilowattstunde erzeugtem Strom liegen. Das Geld könnte im Standardfall an die Gemeinde sowie direkt an die Bürger fließen. Der Entwurf sieht auch andere Optionen vor. So könnten die Beteiligungserträge z. B. für einen „Lokalstromtarif“ oder „Investitionen in lokale Wärmenetze“ und damit geringere Energiekosten genutzt werden.

Nach einer Beispielrechnung bei einem Windpark mit acht Anlagen auf dem Gebiet einer Kommune könnte pro Jahr durch die Beteiligungspflicht etwa 220.800 Euro an die Gemeinde und 110.400 Euro an die Einwohner verteilt werden, um derart die Akzeptanz der Windkraft zu verbessern.

Diese Beispielrechnung ist unrealistisch, da eine solche Konzentration (8 WEA) bisher nicht existiert.

In Thüringen ist z. Z. nur **eine** WEA GE 5.5-158 im Windpark Erfurt Ost mit einer installierten Leistung von 5500kW (=5,5 MW), Gesamthöhe 240 m, Rotor-Durchmesser 158 m, seit 2021 in Betrieb. Die WEA war laut Datensatz von der BNetzA in 2022 mit 2256 Vollaststunden (VLS2022) am Netz.

Rechnung: 2256 (VLS) x 5500 (kW) x 0,002 (€) = 24.816 € Beitrag für Gemeinde und Bürger (je 50% Bürger und Gemeinde a 12.408 €). Bei 100 Haushalten (HH) ergibt das je HH einen Betrag von **124 € im Jahr**. Dabei ist unklar, wie viele Haushalte nach welchen Regeln überhaupt einen Anspruch auf berechnete Zahlungen haben werden. Bei großer Siedlungsdichte im Radius von 2.500 m wird dann der Anteil noch niedriger.

In Thüringen sind seit 2022 weitere 5 WEA mit einer installierten Leistung 5,6 MW in Betrieb.

V162	Kirchengel	KE 09	5600	247	162	KYF	in Großenehrich
V162	Kirchengel	E 10	5600	247	162	KYF	in Großenehrich
V150	Kirchheilingen	KH 63	5600	241	150	UH	in Kirchheilingen
Vestas V162	Brüheim	BR09	5600	247	162	GTH	in Nessetal
V162	Kirchheilingen	TL 09	5600	247	162	UH	in Tottleben

Und seit 2022 ist eine weitere WEA mit einer installierten Leistung 6 MW in Betrieb.

V150	Windpark Brüheim WEA12	6000	241	150	GTH	in Nessetal
------	------------------------	------	-----	-----	-----	-------------

Zu allen vorstehenden WEA liegen noch keine validen Daten von der BNetzA zu den VLS in 2022 vor.

Im Fall von § 4 ThürWindBeteilG und bei einer modernen Windenergie Anlage mit einer Leistung von 6 Megawatt (MW) und einer Vollaststundenzahl von 2.300 Stunden im Jahr erhalten die berechtigten Gemeinden angeblich 27.600 Euro pro Jahr und davon die berechtigten Einwohnerinnen und Einwohner 13.800 Euro pro Jahr. Fordert die Standortgemeinde den Lokalstromtarif ein, sollen begünstigte Einwohnerinnen und Einwohner, die Gemeinden sowie ansässige Unternehmen von vergünstigten Strompreisen profitieren. Wie das alles Vertrags-, Abrechnungstechnisch und praktisch erfolgen soll, steht in den Sternen. Auch evtl. Sondertarife (Betriebsverluste) belastet den Betreiber zusätzlich.

Fordert die Standortgemeinde die jährliche Schenkung zur Errichtung oder Ertüchtigung des kommunalen Wärmenetzes ein, muss sie angeblich weniger Investitionsmittel aufwenden. Jährliche Schenkungen an Gemeinden sind im Rechtsverkehr sehr problematisch.

Sollte hingen mit den WEA-Betreibern keine Einigung über die verpflichtende Ertragsbeteiligung erzielt werden, soll eine Strafzahlung („*Ausgleichsabgabe*“), „*von 0,5 Cent pro Kilowattstunde an die Kommune gezahlt werden*“, die höher als die Beteiligung beim „*Standardmodell*“ sei.

Im Fall einer durchzusetzenden **Ausgleichsabgabe** belaufen sich die Einnahmen für die kommunalen Haushalte bei einer modernen Windenergieanlage von 6 MW auf schätzungsweise 69.000 Euro pro Jahr. Hier bestehen große Bedenken, ob diese überhaupt durchsetzbar ist (Verwaltungsakt, Streitfall, Klage etc.).

Hier wird der Eindruck erweckt, die Kommunen könnten derart ihre prekäre Haushalts- und Kassenlage lösen. Vielmehr wird dabei der **kommunale Finanzausgleich (KFA)** beeinträchtigt, kommt in Verriss. Über den KFA werden den Gemeinden zusätzliche Einnahmen zugewiesen und gleichzeitig übermäßige Finanzunterschiede zwischen einzelnen Gemeinden ausgeglichen. So findet sowohl ein „vertikaler“ (Land – Kommunen) als auch ein „horizontaler“ Ausgleich zwischen den Gemeinden statt.

I. d. R. reichen die Einnahmen aller Gemeinden aus den öffentlichen Abgaben nicht aus, um ihren gesamten Finanzbedarf angemessen zu decken. Das Land hat dafür zu sorgen, dass die Gemeinden ihre (Pflicht-) Aufgaben erfüllen können, indem es die Gemeinden zusätzlich angemessen an seinen eigenen Steuereinnahmen zu beteiligt.

Der Finanzausgleich wird ergänzt durch den horizontalen Ausgleich zwischen den Gemeinden. Ein solcher Ausgleich ist notwendig, da sich die Steuereinnahmen der einzelnen Gemeinden stark unterscheiden. Finanzschwache Gemeinden erhalten deshalb verhältnismäßig höhere Zuweisungen als mit Steuereinnahmen besser ausgestattete Gemeinden. Die Ausgleichswirkung wird durch die Finanzausgleichsumlage verstärkt, die der Finanzausgleichsmasse zufließt.

Ebenso wie die sehr unterschiedlichen Gewerbesteuererinnahmen werden sich die Zuflüsse über **Geschenkversprechen** und **Ausgleichsabgabe** kaum fiskalisch auf die Standortgemeinde auswirken und wird dabei viel mehr mit Aufwand, Streit, Verhandlung, Ärger langfristig verbunden, zu rechnen sein.

Bei der vertikalen und horizontalen Verteilung dieser Mittel nimmt das Land eine verantwortungsvolle Rolle ein, um den interkommunalen Interessenkonflikt zu vermitteln sowie gerecht auszugleichen. Sie sollte daher nicht vertikal auf Zuweisungsvermeidung und horizontal auf weitere Verkomplizierung ausgerichtet werden. Mit dem bestehenden KFA ist bereits größtmögliche Verteilungsgerechtigkeit erreicht, indem jede Gemeinde einen im Verhältnis zum Gesamtbedarf aller Gemeinden angemessenen Zuschuss zu ihrem Bedarf erhält.

Das Gesetz soll nur für neue WEA gelten oder für Anlagen die modernisiert werden und mehr Leistung bringen (Repowering). Für bestehende Anlagen ist eine rückwirkende Beteiligung rechtlich nicht vorgesehen. Damit wird eine neue privilegierte Gruppe als alleiniger Nutznießer geschaffen. Hinsichtlich der Belastung werden die Betroffenen in den Gemeinden in „leidtragende“ bestehender WEA und in „leidtragende“ Neuer WEA eingeteilt bzw. definiert. Dies schafft neues Konfliktpotenzial und Missgunst.

Nach der Auffassung des Saarländischen Wirtschaftsminister Jürgen Barke (SPD) sollen die dortigen Kommunen künftig ebenfalls von Gewinnen aus der Windkraft profitieren können. Im SL-Beteiligungsgesetzes sollen, die Gemeinden dazu verpflichtet werden, die Erträge für gemeinnützige Zwecke einzusetzen – „*etwa in Vereinen, Verbänden, der Feuerwehr oder was auch immer*“ hat der Minister beim Sommergespräch mit Journalisten in Saarbrücken verkündet. Ursprünglich habe man überlegt, ein Gesetz zur Beteiligung von Kommunen und auch von Bürgern zu schaffen. „*Wir waren am Ende aber der Meinung, dass, wenn wir wollen, dass alle profitieren - und zwar auch die kleinen Einkommen - es besser ist, die Kommune als Empfänger der Abgabe zu definieren.*“ „*Wenn man dafür 0,2 Cent erhebe, seien bei einem Windrad mit 12.000 Kilowattstunden pro Jahr Einnahmen in Höhe von etwa 24.000 Euro denkbar.*“ „*Es dürfe jedoch nicht der Eindruck entstehen, dass es dazu diene, die Zustimmung zu diesen Projekten einzukaufen.*“ so Barke.

Auch in Hessen können Kommunen an den Pachteinahmen für Windräder im Staatswald beteiligt werden. Eine direkte Beteiligung von Bürgern an den Einnahmen aus der Windkraft sieht das Wirtschaftsministerium kritisch. Profitieren Bürgerinnen und Bürger finanziell von Windkraftanlagen in ihrer Nachbarschaft, erhöht das nach Einschätzung von Hessens Wirtschaftsministerium die Akzeptanz von Windenergie. Hessen bevorzuge dafür Modelle, bei denen Kommunen an Einnahmen beteiligt werden. Dadurch könnten alle

Anwohnerinnen und Anwohner partizipieren. „Eine direkte Bürgerbeteiligung hingegen, etwa über Energiegenossenschaften, bevorteilt solche, die es sich leisten können“: Gleichwohl würden Bürgerenergiegenossenschaften als eine besondere Form der finanziellen Teilhabe begrüßt. „Bei der Verpachtung landeseigener Flächen sind entsprechende Beteiligungsmodelle daher wichtige Auswahlkriterien im Bieterverfahren.“

Mit Blick auf das Gesetzesvorhaben in Thüringen erklärte die Ministeriumssprecherin: „Aus unserer Sicht ist es nicht zielführend, einzelne Beteiligungsgesetze zu entwickeln. „Hessen“ setze sich für eine bundeseinheitliche, einfache Regelung zur kommunalen Beteiligung ein, die im Erneuerbare-Energien-Gesetz verankert ist. „Allerdings ist die Beteiligung bisher nicht verpflichtend. Diese würden wir begrüßen.“

Bundesgesetzgebung (das EEG) sieht vor, dass Firmen, die Windenergie ausbauen, Anrainerkommunen mit **0,2 Cent/kWh** erzeugten Windstroms am Gewinn beteiligen können. Als Anrainerkommunen gelten die Gemeinden, die sich im Umkreis von **2.500 m** zum Turm der Windenergieanlage befinden. Mit der EEG-Novelle der Ampelkoalition soll diese finanzielle Beteiligungsmöglichkeit ausgeweitet werden auf Bestandsanlagen.

Es wird befürchtet, dass sich die Landesregierung wegen einer angespannten Lage im Landesshaushalt bei den Kommunen aus der gesetzlichen Verantwortung stehlen kann; Stichwort: Schlüsselzuweisung zur Erledigung kommunaler Aufgaben (gem. § 3 ThürKO – Übertragene Aufgaben) und die Gemeinden ihre Aufgaben zunehmend nur noch über Nebeneinkünfte (hier: durch die Windenergie) finanzieren müssen.

In Bezug auf die **Beteiligungsmodelle** aus § 7 und § 8 des Gesetzentwurfs wird befürchtet, dass Straftaten im Sinne der §§ 331 bis 334 Strafgesetzbuch möglich sind (drohen) und zudem durch diese noch zusätzlich angereizt werden (verstärkte Vorteilsnahme). Bereits plausibel vorgebrachte Vorwürfe können sich problematisch auf die öffentliche Wahrnehmung auswirken.

Praktisch findet mit dem **ThürWindBeteilG** eine weitere Risikoverlagerung (inklusive Altlasten) zu Lasten der Bürger und der Gemeinden statt und die Vorhabensträger werden noch zusätzlich belastet. Wohl wissend, dass die Erneuerbaren Energien nach wie vor nicht marktfähig sind, d. h. ohne Subventionen oder Querfinanzierung nicht auskommen und beim immer stärkeren Ausbau noch mehr aufwändige Reservekapazitäten brauchen.

## **2. Bewertung zum vorliegenden Antrag: Gesetzentwurf (Drucksache 7/8233)**

### Zu A. Problem und Regelungsbedürfnis

Die Steigerung der Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung, insbesondere im Ländlichen Raum, zur Realisierung von Vorhaben zur Erzeugung von Windenergie kann durch das ThürWindBeteilG nicht maßgeblich beschleunigen. Eine Gesteigerte Akzeptanz bei Einwohnern und Gemeinden wird nur durch die Befassung mit den widersprüchlichen Ursachen sowie der öffentlichen Diskussion zur Beseitigung gelingen. Allein eine differenzierte und verbindlichen Regelung einer finanziellen Beteiligung von Gemeinden und Bürgern vor Ort an Windenergieprojekten wird als problematisch gesehen (Nebeneinkünfte, Bestechung, Vorteilsnahme, Korruption, öffentliche Wahrnehmung).

### Zu B. Lösung

Es erscheint praktisch kaum möglich breite, möglichst allgemein spürbare Formen der Beteiligung zu etablieren, ohne dadurch neue Konfliktfelder (Spaltung, Interessengegensätze, Konkurrenz) zu verursachen. Nicht zweckgebundenen Zahlungen in den Kommunalhaushalt können nicht ohne weiteres vereinnahmt werden. Direkte Zahlungen an betroffene Bürger werfen weitere rechtliche und fiskalischen Fragen auf.

Eine vor Ort spürbare, sozial gerechte Umsetzung von Beteiligung widerspricht den Erfahrungen nach einer unbürokratischen, praktikablen und rechtssicheren Lösung. Zudem besteht die Gefahr, dass Vorhabenträger ggf. wirtschaftlich überfordert werden (Verlustgeschäft, Insolvenzgefahr).

Vorhabenträger sind i. d. R. länderübergreifend (bundesweit) tätig und dadurch unterschiedlichen Beteiligungsgesetzen und Kostenfolgen/und -risiken ausgesetzt.

### Zu C. Alternativen

Die Beibehaltung der geltenden Rechtslage einer nicht verpflichtenden finanziellen Beteiligung der Gemeinden nach § 6 EEG in der jeweils geltenden Fassung ist eine ernstzunehmende Alternative. Ggf. könnte der Bundesgesetzgeber eine einheitliche tragfähige Beteiligungsrechtslage schaffen.

#### Zu D. Kosten

Die Kosten und Aufwände durch das Gesetz sind nicht nur abhängig vom gewählten Beteiligungsmodell oder der Ausgleichsabgabe (damit nicht pauschal bezifferbar), sondern auch vom Verhandlungsverfahren, lokalen Besonderheiten, Streitfällen, Notarkosten, externe fachliche und juristische Kompetenz, Lehrgänge, Reisekosten etc. abhängig (damit unkalkulierbar).

Die Gemeinden haben i.d.R. keine Kompetenz (Erfahrung, Qualifikation) um ein richtiges und geeignetes Beteiligungsmodell zu wählen. und zu verhandeln. Weiterer Personalaufwand entsteht, wenn die im Gesetz eingeräumten Kontrollrechte wahrgenommen, Bescheide zur Erhebung einer Ausgleichsabgabe zu erlassen. Die Auswirkungen auf die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte können nicht auf die vorliegende Beispielrechnung gestützt werden. 6 Megawatt WEA mit 2.300 Volllaststunden sind derzeit und bleiben mittelfristig die absolute Ausnahme. Hier werden bei den Gemeinden und Bürgern finanzielle Erwartungen geweckt, die lange Zeit nicht eintreten können/müssen.

Auf eine Ausgleichsabgabe als nichtsteuerliche Abgabe des Vorhabensträgers darf nicht vorausgesetzt und nicht provoziert (sittenwidrig) sein.

Zusätzlicher Verwaltungsaufwand durch die Beratungsleistungen der Thüringer Energie- und GreenTech Agentur (ThEGA) dürfte nicht entstehen, da die ThEGA diese Aufgabe nach eigenen Angaben seit Jahren wahrnimmt (Personal und know how vorhanden).

Zusätzlicher Verwaltungsaufwand entsteht jedoch bei den Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften., nicht

#### Zu E. Zuständigkeit

Das für Energie zuständige Ministerium sollte als strategische Ebenen die Steuerungs- und Aufsichtsfunktion wahrnehmen.

Die Federführung sollte zuständigkeitshalber der Energieagentur des Landes Thüringen (ThEGA) übertragen werden. Die Landesenergieagentur informiert und berät Kommunen, Unternehmen und Bürger zu den Themen der Energiewende. Die ThEGA hat das fachliche Know-how und eine langjährige Erfahrung (hohe Fach- und Beratungskompetenz). Die ThEGA kennt dazu die Vorhabensträger und Projektpartner aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

### **3. Einschätzung zum Regelungsinhalt des ThürWindBeteilG**

Beim Regelungsinhalt wird nur auf wesentliche Unklarheiten, Widersprüche und offene Fragen eingegangen.

**Zu § 3** Zur „*Begriffsbestimmung*“ nicht konkret oder eindeutig:

*„jede natürliche Person mit Erstwohnsitz im ... definierten Umkreis um die Windenergieanlage.“*

Die Bestimmung der Hauptwohnung richtet sich laut §21 Abs. 2 Bundesmeldegesetz (BMG) zunächst danach, welche die vorwiegend genutzte Wohnung der Person ist.

„jährliche Strompreiserlösgutschrift“ erklärt nicht wie die Zahlung ohne Gegenleistung erfolgt. Ist diese steuerlich zu veranlagern (Einkommen, geldwerter Vorteil, Abgeltungssteuer)

Was passiert im Sterbe- und Erbfall, bei Haushaltsauflösung, bei Verzug mit und ohne Wohnsitzwechsel?

**§ 4** Zum „*Grundsatz der Beteiligung*“

*„Der Vorhabenträger einer Windenergieanlage hat die Standortgemeinde und die betroffenen Gemeinden sowie die berechtigten Einwohnerinnen und Einwohner angemessen an den Erträgen der Windenergieanlage zu beteiligen.“*

Wie erfolgt die genaue Aufteilung zwischen Standortgemeinde und betroffene Gemeinde(n)

**§ 5** Zu „*jährlichen Schenkungen*“

Gemäß § 518 BGB Zur Form des Schenkungsversprechens gilt: „Zur Gültigkeit eines Vertrags, durch den eine Leistung schenkweise versprochen wird, ist die notarielle Beurkundung des Versprechens erforderlich. Das Gleiche gilt, wenn ein Schuldversprechen oder ein Schuldanerkennnis der in den §§ 780, 781 bezeichneten Art schenkweise erteilt wird, von dem Versprechen oder der Anerkennungserklärung.“

§ 780 BGB Schuldversprechen „Zur Gültigkeit eines Vertrags, durch den eine Leistung in der Weise versprochen wird, dass das Versprechen die Verpflichtung selbständig begründen soll (Schuldversprechen), ist, soweit nicht eine andere Form vorgeschrieben ist, schriftliche Erteilung des Versprechens erforderlich. Achtung: „Die Erteilung des Versprechens in elektronischer Form ist ausgeschlossen.“

§ 781 BGB Schuldanerkennnis „Zur Gültigkeit eines Vertrags, durch den das Bestehen eines Schuldverhältnisses anerkannt wird (Schuldanerkennnis), ist schriftliche Erteilung der Anerkennungserklärung erforderlich.

Achtung: „Die Erteilung der Anerkennungserklärung in elektronischer Form ist ausgeschlossen. Ist für die Begründung des Schuldverhältnisses, dessen Bestehen anerkannt wird, eine andere Form vorgeschrieben, so bedarf der Anerkennungsvertrag dieser Form.“

Was passiert bei Vorhabensträger- und Betreiberwechsel), Totalverlust (Brand, Einsturz, wirtschaftlicher Totalschaden) und Insolvenz? Sind Bankbürgschaften notwendig, vorgesehen?

#### § 6 zum „Lokalstromtarif“

„Die Belieferung der berechtigten Einwohnerinnen und Einwohner der Standortgemeinde und der betroffenen Gemeinden in Form eines Lokalstromtarifs kann durch den Vorhabenträger beziehungsweise die Vorhabenträgerin oder einen Dritten erfolgen.“

Wie wird die Pflicht zur Vollversorgung vom Stromversorger rechtlich und technisch sichergestellt?

Vermutlich ist der Vorhabenträger gezwungen, die sichere Leistung über den lokalen Grundversorger mit zusätzlichen Kosten (-Risiko) einzukaufen.

#### § 7 Zu „Unterstützung Errichtung, Ertüchtigung eines lokalen Wärmenetzes“

„Für die Unterstützung der Errichtung oder Ertüchtigung eines lokalen Wärmenetzes durch jährliche Zahlungen ist ein Schenkungsvertrag zwischen Standortgemeinde und Vorhabenträger beziehungsweise Vorhabenträgerin abzuschließen, in dem insbesondere auch festzuhalten ist, dass die Zahlungen des Vorhabenträgers beziehungsweise der Vorhabenträgerin an die Standortgemeinde als einseitige Leistung ohne Anspruch auf Gegenleistung erfolgen.“

Gesetzliche Grundlage für die Schenkung ist § 516 BGB (Begriff). Der § 518 BGB regelt die Form des Schenkungsversprechens. „Zur Gültigkeit eines Vertrags, durch den eine Leistung schenkweise versprochen wird, ist die notarielle Beurkundung des Versprechens erforderlich.“

Es ist klarzustellen, ob unter bestimmten Umständen ein Rückforderungsrecht besteht, wie mit einem Rechtsnachfolger, bei Fusionen, Zusammenschlüssen, Umstrukturierung, bei Aufgabe des Projektes umzugehen ist. Ob Voll- und oder Teilfinanzierungen des Wärmenetzes zulässig sind und mit Zuschüssen vom Land-, dem Bundes- (Bundesförderung für effiziente Wärmenetze „BEW“) und der EU kombinierbar sind.

Praxisfern ist, dass nach § 7 Abs. 2 die Standortgemeinde nur einen Schenkungsvertrag abschließen „wenn sie bereits einen kommunalen Wärmeversorgungsplan aufgestellt hat, der die Errichtung oder Ertüchtigung eines örtlichen Wärmenetzes vorsieht, und die für das Wärmenetz veranschlagten Kosten die Höhe der durch den Schenkungsvertrag zu erwartenden Zahlungen nicht unterschreiten.“ Eine solche Konstellation wird nur in wenigen Fällen zutreffen oder vorkommen. Abgesehen von weiteren staatlichen Fördermöglichkeiten.

#### § 8 Zu „Direkte Stromlieferung an örtlich angesiedelte Gewerbe und Dienstleistungen, Industrie sowie gemeindliche Einrichtungen“

Strom für mindestens zwanzig Jahre entweder direkt ohne Inanspruchnahme des öffentlichen Netzes zu liefern kann technisch nicht garantiert werden (Stichwort: Vollversorgung).

#### § 9 Zu „Durchführung“

Die vorgesehene Ausgleichsabgabe ist mit **0,5 ct** pro Kilowattstunde mehr als doppelt so hoch wie die vorgesehene „Standard-Beteiligung“. Hier besteht ein hohes Risiko des herbeigeführten Missbrauchs zur „Gewinn-Maximierung“ und bewussten Schädigung der Vorhabensträger bis zur Insolvenz mit weiteren Folgeschäden.

*„Der Bescheid über die Ausgleichsabgabe kann von der Standortgemeinde als zuständige Behörde frühestens nach Inbetriebnahme der ersten Windenergieanlage des Vorhabens erlassen werden. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen den Bescheid haben keine aufschiebende Wirkung.“*

Mit der bloßen gesetzlichen Festlegung zum Widerspruch und zur Anfechtungsklage ist noch nicht gesichert, dass der Bescheid zur Ausgleichsabgabe inhaltlich formgerecht rechtsfehlerfrei ausgefertigt und zugestellt wird. Ein landeseinheitliches Formblatt Bescheid zur Ausgleichsabgabe (Mit Anleitung) sollte vorgegeben und eingeführt werden.

#### 4. Resümee

Hinsichtlich des beabsichtigten **ThürWindBeteilG** wird befürchtet, dass sich die Landesregierung wegen der angespannten Lage im Landesshaushalt bei den Kommunen Zug um Zug aus der gesetzlichen Verantwortung stehlen kann; Stichwort: Schlüsselzuweisung zur Erledigung kommunaler Aufgaben (gem. § 3 ThürKO – Übertragene Aufgaben) und die Gemeinden ihre Aufgaben zunehmend nur noch über Nebeneinkünfte (hier: durch die Windenergie) finanzieren müssen.

In Bezug auf die **Beteiligungsmodelle** aus § 7 und § 8 wird befürchtet, dass Straftaten im (§§ 331 bis 334 STGB) möglich sind und dadurch noch angereizt werden (insbes. Vorteilsnahme).

**Praktisch** findet eine weitere Risikoverlagerung (inklusive Altlasten) zum langfristigen Nachteil der Bürger und der Standortgemeinden statt. Die Vorhabensträger werden finanziell zusätzlich belastet. Wohl wissend, dass die Erneuerbaren Energien nach wie vor nicht marktfähig sind, d. h. ohne Subventionen oder Querfinanzierung nicht auskommen und beim immer stärkeren Ausbau noch mehr aufwändige Reservekapazitäten brauchen. Siehe hierzu **Anlage 4** Beitrag von Dr. Rolf Schuster: „Die Physik des Stromnetzes lässt sich politisch nicht regulieren“

Mit dem vorliegenden Entwurf zum **ThürWindBeteilG** kann unter den gegenwärtigen Umständen keine wesentliche Akzeptanzsteigerung erreicht werden, um die Forderung zur **Ausweisung von mind. 2,2 % der Landesfläche für WEA** (Gesamtziel) zu erreichen. Die Umsetzung des Thüringen zugewiesenen Wertes von 2,2 % der Landesfläche ist nicht nur äußerst ambitioniert, sondern auch völlig absurd, nicht nachvollziehbar (überzogen und fachlich/physikalisch unschlüssig) und damit nicht realisierbar (mit oder ohne Akzeptanz)!

Die **Versorgungssicherheit** und den **künftigen Energiebedarf** hauptsächlich durch den weiteren Ausbau der Windenergie sichern zu wollen ist grob fahrlässig und naiv zugleich (d. h. technischer Unsinn, sehr teuer, sozial und ökologisch folgens schwer).

Da die seit Jahrzehnten bestehenden **Grundprobleme der „Energiewende“** (Stromspeicher-, Netz- und Entsorgungsprobleme) immer noch nicht gelöst sind, ist ein weiterer und beschleunigter Ausbau der Windenergie unwirtschaftlich und kontraproduktiv. Somit sind auch ein größeres Flächenziel und der geplante weitere Ausbau der Windenergie unnütz, sogar schädlich. Der weitere Zuwachs von WEA führt zu immer tieferen Eingriffen in den Naturhaushalt durch mehr Versiegelungsflächen, die Zerstörung der Biodiversität, die Beeinträchtigung des Mikroklimas, des Grundwassers sowie des Bodens und widerspricht damit den Leitvorstellungen im ThürLPIG.

**Volatile Windenergie** kann angesichts der bestehenden Grund- und Folgeprobleme weder die Netzstabilität gewährleisten, noch den künftig steigenden Energiebedarf wirtschaftlich decken oder eine europa- bzw. weltweite Energiekrise abwenden.

Der weitere **Ausbau der Windenergie in Thüringen wird prinzipiell abgelehnt**, denn:

1. Die Energiewende ist ohne notwendige Speicher und Netze nicht sicher, mit ausreichenden Speicher nicht bezahlbar. Windkraft- und PV-Anlagen können konventionelle Kraftwerke nicht ersetzen.

2. Eine sichere Strom- und Energieversorgung ist der empfindlichste „Lebensnerv“ einer modernen Industriegesellschaft (Daseinsvorsorge) und sichert die Wettbewerbsfähigkeit.
3. Grundlage einer bezahlbaren, effektiven und ökologischen Energieversorgung ist und bleibt die Physik und nicht eine illusorische verordnete Ideologie.
4. Der weitere Ausbau der Windenergie macht das Stromnetz unsicher, birgt Blackout-Gefahren. Immer mehr Windenergieanlagen unter gegebenen Infrastrukturbedingungen keine Lösung
5. Die Umwelt- und Versorgungsprobleme werden in die dritte Welt/ins Ausland verlagert.
6. Der Schutz des Menschen ist oberstes Gebot. Technogene Überprägungen, Schall und Infraschall und weitere Belastungen gefährden die Gesundheit von Mensch und Tier.
7. Der Kampf um erträgliche Lebensbedingungen auf dem Land gewinnt an Bedeutung.
8. Strom muss immer und für Jedermann bezahlbar sein.
9. Windenergieanlagen sind nicht nachhaltig (nicht umweltverträglich, nicht sicher und teuer) Windenergie stellt eine erhebliche Gefahr für Vögel, Fledermäuse, geschützte Arten dar. Sie gefährdet deren Bestand.
10. Der Wald ist Lebensgrundlage für die meisten Geschöpfe der Erde. Ein Schutzgut mit höchster Priorität. Der Wald verträgt keine Windenergieanlagen (Gefahr für Biodiversität).
11. Windenergieanlagen verursachen Sondermüll (CFK-Rotorflügel). Sie sind umweltschädlich, verursachen massenhafte Probleme (Entsorgung, Recycling), hinterlassen große Fundamente. Der Ressourcenverbrauch ist gigantisch. Die Umwelt leidet.
12. Vorteils- und Geschenkversprechen, dazu mit geringer und später Eintrittswahrscheinlichkeit, zur Steigerung der breiten Akzeptanz sind keine überzeugenden und nachhaltigen Lösungen.

## 5. Gesamtvotum

***Der THLEmV lehnt das Thüringer Gesetz über die Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Gemeinden an Windparks (ThürWindBeteilG) aus grundsätzlichen, wirtschaftlichen und moralischen Erwägungen vollständig ab.***

Ein solches Gesetz ist unnütz, da es weder die systemischen Ursachen beseitigt noch an der Gesamtsituation etwas verbessern kann. Akzeptanz in der Fläche kann nicht überzeugend mit Geld und partiellen Vorteilen gesteigert werden. Vielmehr wird das vorhandene Spannungsfeld (Stadt – Land) durch die weiter ausgedehnte Spaltung der Gesellschaft (zwischen den Bürgern und Betroffenen sowie den Standortgemeinden und betroffenen Gemeinden), eher noch verstärkt.

Zudem wird mit Vorteilsversprechen zum überflüssigen beschleunigten Ausbau der Windenergie (Infrastruktur, Netze, Speicher) die Versorgungsnetzstabilität und die Klimabilanz verschlechtert (fossile Grundlast und Ersatzkraftwerke).

Der Regelungsinhalt im Gesetz ist nicht schlüssig, ungerecht, rechtlich sehr bedenklich und praktisch nicht umsetzbar.

Mit freundlichen Grüßen

## 4 Anlagen:

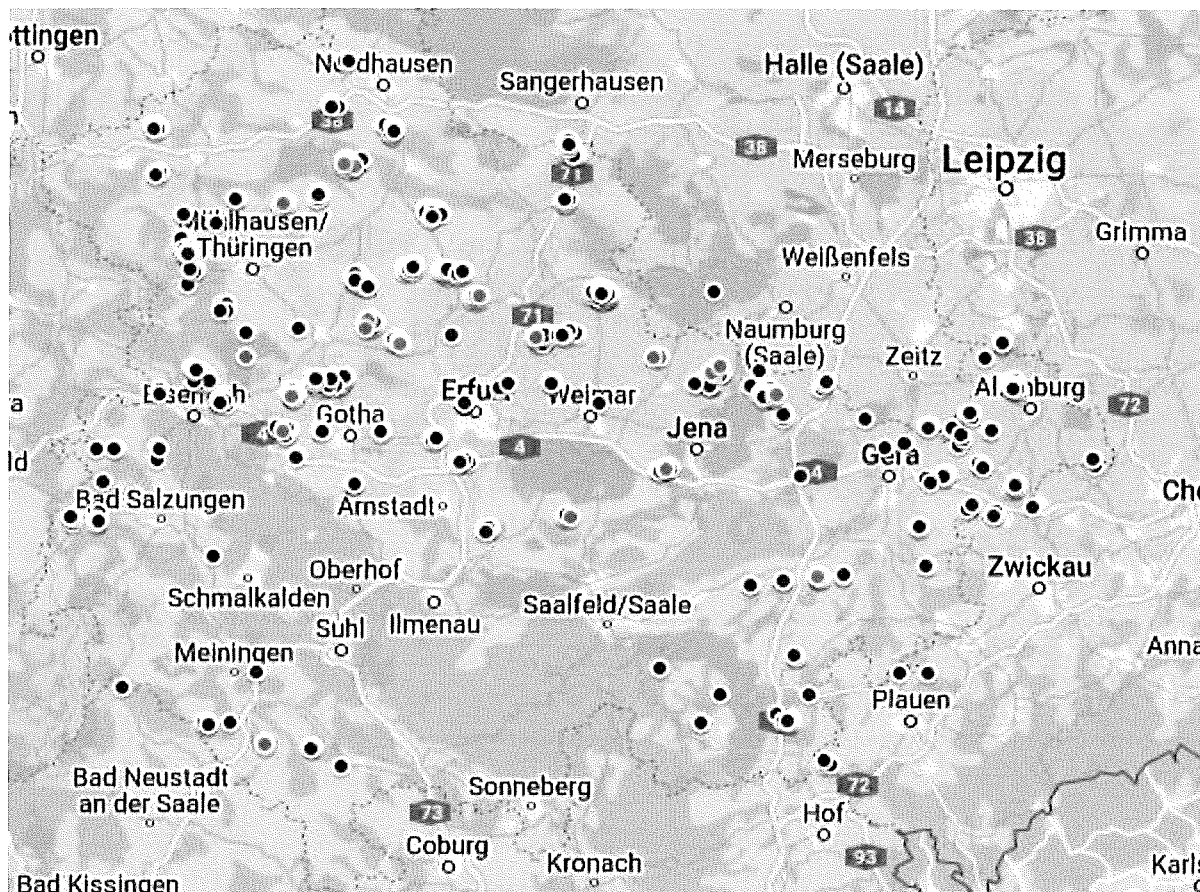
- 1 Standort-Übersicht zu WEA in Thüringen
- 2a Anlagenübersicht mit Leistungsdaten in Betrieb
- 2b Anlagenübersicht mit Leistungsdaten in Planung
- 3 Fragenkatalog
- 4 Dr. Rolf Schuster: „Die Physik des Stromnetzes lässt sich politisch nicht regulieren“



**Standortübersichte der WEA/Windparks in Thüringen**

Legende:

- 876 WEA in Betrieb
- 54 WEA in Planung



**Die gesamte Anlagenübersicht mit Leistungsdaten in Betrieb<sup>\*)</sup>**

**siehe Anlage 2a**

**Die gesamte Anlagenübersicht mit Leistungsdaten in Planung<sup>\*)</sup>**

**siehe Anlage 2b**

<sup>\*)</sup> Bei den Angaben handelt es sich um offizielle Daten von der BNetzA.

**Fragestellung zum Beratungsgegenstand**

„Thüringer Gesetz über die Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Gemeinden an Windparks (ThürWindBeteilG)“

**Lfd.Nr. Fragestellungen**

---

1. Wie schätzen Sie die Wirkung des Gesetzes auf die **Steigerung der Akzeptanz**
- a) im Umkreis von Windenergieanlagen ein?
  - b) Kann der Gesetzentwurf die Akzeptanz der Menschen/Kommunen für Windkraft steigern?
  - c) Wie bewerten Sie die Regelung aus dem § 6 EEG im Vergleich zu den Regelungen des ThürWindBeteilG im Hinblick auf das Ziel der Steigerung der Akzeptanz für den weiteren Ausbau der Windenergie?

**Antw.:** Eine Akzeptanzsteigerung wird nicht erwartet, eher das Gegenteil. Da es sich hauptsächlich um den ländlichen Raum dreht, kommt man sich „gekauft“ vor. Was bisher gescheitert ist, soll nun mit Geld gelöst werden. Daran ändern auch die Regelungen im ThürWindBeteilG nichts. Die Summe, die an die Bürger ausgeschüttet werden soll ist geradezu lächerlich. Ganz offen bleibt die Umsetzung der Modelle. Hier gibt es keinerlei konkrete Beispiele. Selbst die Fachagentur Windenergie an Land sieht rechtliche und Umsetzungsprobleme.

2. Ist bei der Nutzung der freiwilligen bundesgesetzlichen Regelung nach § 6 EEG
- a) davon auszugehen, dass eine Wirkungsgleichheit mit den im ThürWindBeteilG gesetzten Zielen erreicht wird?
  - b) Sehen Sie weitere rechtliche Bedenken, da bundesgesetzlich bereits eine Regelung mit dem § 6k EEG geschaffen wurde?
  - c) Hätten die Regelungen des § 6 EEG Ihrer Ansicht nach bundesweit verpflichtend für alle Anlagenbetreiber eingeführt werden müssen?
  - d) Besteht vor dem Hintergrund des neuen § 6 EEG überhaupt noch die Notwendigkeit für eine Landesregelung zur Beteiligung von Bürgern und Gemeinden in Thüringen?

**Antw.:** Selbst die Fachagentur Windenergie an Land sieht rechtliche und Umsetzungsprobleme.

3. Welche Auffassung vertreten Sie zu einer Planung/ Ausweisung von Flächen nach vorliegendem Gesetzentwurf für Windkraft durch Kommunen zusätzlich zur Planung durch die Regionalplanungsgemeinschaften, welche Vorteile und welche Nachteile bestünden dadurch?

**Antw.:** Für Kommunen sollten grundsätzlich mehr Mitspracherechte bei der Planung bestehen. Das bedeutet aber auch eine mögliche Entscheidung gegen Windenergie im Gemeindegebiet. Grundlage sind demokratische Abstimmungsprozesse in Form von Einwohnerbefragungen.

Dass die Kommunen nur zusätzliche Flächen ohne Anrechnung auf die Flächenziele RP ausweisen dürfen, ist völlig absurd. Wenn eine Kommune Flächen ausweisen will, dann sollte das nur in Abstimmung mit der RP geschehen.

4. Welche genauen Schwierigkeiten sehen Sie durch eine zusätzliche Windkraftflächenausweisung durch die Gemeinden/Kommunen für die Arbeit der Regionalen Planungsgemeinschaften?

**Antw.:** Eine zusätzliche Windkraftflächenausweisung erfordert die Aufstellung eines Flächennutzungsplans gem. § 5 BauGB, i. d. R. für das ganze Gemeindegebiet. Die Flächennutzung soll sich aus

der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in den Grundzügen darstellen. Der Flächennutzungsplan wird von den Gemeinden erstellt/beauftragt, ist Kosten und Zeit aufwendig. Kleine und mittlere Gemeinden sind mit der Aufstellung überfordert.

5. Sind Auswirkungen auf die bestehenden und/oder noch zu erstellenden Regionalplanungen zu erwarten?

**Antw.:** Ja, erhebliche. Die Regionalplanung konkretisiert die Landesvorgaben für die einzelnen Regionen. Sie legt die anzustrebende räumliche Entwicklung und Ordnung der Region als Ziele und Grundsätze der Raumordnung textlich und zeichnerisch fest. Wenn Gemeinden nebenher WEA planen ist das nicht nur störend sondern auch suboptimal.

6. Sehen Sie eine vergleichbare Regelung auch für die Errichtung von Solaranlagen, welche im öffentlichen Raum errichtet werden?

**Antw.:** Eine solche Regelung ist nicht erforderlich, da andere Rahmenbedingungen bestehen.

7. Sollten die nach vorliegendem Gesetzentwurf zusätzlich zu den durch die

a) Planungsgemeinschaften ausgewiesenen Windkraftflächen auf das 2,2%-Ziel des Landes angerechnet werden (bitte begründen)?

b) Werden die im Rahmen der kommunalen Öffnungsklausel ausgewiesenen bis zu drei Windenergieanlagen auf das von Thüringen zu erreichende Flächenziel von 2,2 % angerechnet? Wenn nicht, wie könnte das geändert werden?

**Antw.:** a) Grundsätzlich ja.

b) Das regelt schon §4 WindBG.

8. Welche Kenntnisse liegen Ihnen über die in Thüringen maximalen Volllaststunden der Windenergie vor?

**Antw.:** Siehe hierzu Anlage 2a der Stellungnahme.

9. Welche Auswirkungen sehen Sie durch den vorliegenden Gesetzentwurf auf den ländlichen Raum?

**Antw.:** Soziale Konflikte und die Spaltung der Bevölkerung werden sich weiter verschärfen. Der Streit Interessenkonflikt im Dorf wird sich mit dem ThürWindBeteilG über die Gemeindegrenze ausdehnen.

10. Kann der durch den vorliegenden Gesetzentwurf bezweckte Ausbau der Windkraft zur Sicherheit der Energieversorgung des Freistaates Thüringen und zu einer höheren Energieunabhängigkeit beitragen?

**Antw.:** Nein. Auf Anlage 4 der Stellungnahme wird verwiesen.

11. Welche rechtlichen Hindernisse stehen dem vorliegenden Gesetzentwurf entgegen?

**Antw.:** Zahlreiche, u. a. Schenkung laut BGB. Siehe Stellungnahme.

12. Welche Auswirkungen hätte die Einführung des ThürWindBeteilG auf Projekte, die bereits genehmigt wurden, aber noch nicht in der Bauphase sind bzw. auf Projekte, die sich bereits im Genehmigungsverfahren befinden?

**Antw.:** Muss im Gesetz geregelt, bzw. beantwortet werden. Diese WEA sind u. E. „Grauzone“, da mit dem ThürWindBeteilG eine Zweiklassen-Gesellschaft neue WEA (Entschädigung) und Bestandsanlagen (keine Entschädigung) eingeführt wird. Dann stellt sich noch die Frage nach den Mischgebieten (alte und neue Anlagen in einem Windpark).

13. Erachten Sie die geplante Änderung des ThürWindBeteilG mit Blick auf die Vermeidung einer doppelten Belastung von Anlagenbetreibern für sinnvoll?

**Antw.:** Nach §6 (5) erhalten Anlagenbetreiber einen Ausgleich über den Netzbetreiber. Letztendlich zahlt die „Doppelbelastung“ der Stromkunde, wie schon alle bisherigen Zahlungen aus dem EEG!

*„(5) Für die tatsächlich eingespeiste Strommenge und für die fiktive Strommenge nach Nummer 7.2 der Anlage 2, für die Betreiber von Windenergieanlagen an Land oder Freiflächenanlagen eine finanzielle Förderung nach diesem Gesetz oder einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung in Anspruch genommen haben und für die sie Zahlungen nach diesem Paragraphen an die Gemeinden oder Landkreise geleistet haben, können sie die Erstattung dieses im Vorjahr an die Gemeinden oder Landkreise geleisteten Betrages im Rahmen der Endabrechnung vom Netzbetreiber verlangen.“*

14. Wie bewerten Sie die beabsichtigte Einführung des ThürWindBeteilG vor dem Hintergrund der Abschaffung von Doppelregelungen und Vereinfachung der Verfahrensabläufe im Genehmigungsverfahren von Windkraftanlagen?

**Antw.:** Die Abschaffung von Doppelregelungen (Wunschtraum) und die Vereinfachung der Verfahrensabläufe im Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen wird nicht gesehen. Vielmehr entsteht für 20 Jahre ein Mehraufwand bei den Kommunen für den zusätzlichen Verwaltungsaufwand und die regelmäßige Überwachung.

15. Ist aufgrund der Änderung des ThürWindBeteilG mit einem verstärkten Zubau von Windenergieanlagen in Thüringen zu rechnen und wenn ja, wie wird sich dies auf die Vogel- und Fledermauspopulationen auswirken und ist mit einem Wertverlust von Immobilien im näheren Umfeld von Windenergieanlagen zu rechnen?

**Antw.:** Allein durch das WindBG wird mit einem verstärkten Zubau zu rechnen sein. Durch die immer größer geplanten Anlagen ergeben sich selbstverständlich Auswirkungen auf die Populationen. Da man über die Regelungen Bund den Schutz schon drastisch reduziert hat, werden die Auswirkungen umso stärker spürbar sein.

Der Wertverlust von Immobilien durch die Beeinträchtigung der Wohnqualität geht mit dem einher. Junge Familien werden sich dann den Bau eines EFH oder den Kauf eines Bestandsobjektes im betroffenen Ort wohl überlegen und evtl. eine andere Standortentscheidung treffen. Damit wird genau das Gegenteil der Wiederbelebung bestehender Ortskerne im ländlichen Raum erreicht.

16. Wird es eine Kostensteigerung bei den Ausschreibungsverfahren durch die an die Gemeinden zu zahlenden Abgaben geben?

**Antw.:** Die Teilnehmer der Ausschreibung werden die zu erwartenden Kosten nach unserer Auffassung umlegen.

17. Wie bewerten Sie die verpflichtende Beteiligung als Instrument zur Steigerung der regionalen Wertschöpfung?

**Antw.:** Regionale Wertschöpfung findet in einer bestimmten Region statt. Alles was, dort verarbeitet, vermarktet oder verbraucht wird kennzeichnet die regionale Wertschöpfung. „Wertschöpfung“ wird hier nur als positives Argument verwendet, was betriebswirtschaftlich nur sehr schwer nachzuweisen ist.

18. Wie viele Thüringer Kommunen befürworten nach Ihrer Kenntnis eine solche Beteiligung?

**Antw.:** Dem THLEmV sind keine bekannt. Die Mitglieder im Verband lehnen eine Beteiligung ab.

19. Welche Erfahrungen liegen Ihnen gegebenenfalls zu der nach vorliegendem Gesetzentwurf vorgeschlagenen Beteiligung und einer möglichen Akzeptanzsteigerung vor?

**Antw.:** Der Tenor ist negativ, es wird als „Bestechung und Kauf der Landbevölkerung“ angesehen

20. Sollten die Menschen und/oder Kommunen mit einem anderen als dem im vorliegenden Gesetzentwurf vorgeschlagenen Betrag beteiligt werden, wenn ja, mit welchem und warum?

**Antw.:** Ja, 2 Cent statt 0,2 Cent, aber für alle Betroffenen damit Thüringen wirklich einen Standortvorteil hat und um die hohen Stromkosten etwas abzufedern.

21. Sehen Sie Bedarf, über die bisher benannten Beteiligungsmodelle hinaus weitere im Gesetz zu berücksichtigen?

**Antw.:** Nein.

22. Bei welchen Beteiligungsmodellen des Gesetzes sehen Sie hinsichtlich des administrativen und bürokratischen Aufwands welche Umsetzungsschwierigkeiten?

**Antw.:** Bei allen Modellen, da die praktische Umsetzung generell nicht bedacht wurde. Wer soll zum Beispiel eine Auszahlung an Einwohner und den berechtigten Kreis kontrollieren? Abgleich über das Einwohnermeldeamt mit taggenauer Abrechnung bei Zu- oder Wegzug? Wer misst bitte die 2500 m Grenze exakt aus? Dies erinnert an die Schülerbeförderung, wo auch die Grenze von 2000 m zu prüfen ist. In einem Windpark wäre dann beispielsweise der Abstand von 8 oder mehr Standorten zu berücksichtigen. Der Kommune kommt für den eigenen Anteil eine jährliche Kontrollpflicht zu, wobei sie auf Daten der Betreiber angewiesen ist. Dies berufen sich auf das Geschäftsgeheimnis. Sollte dieser sogar im Ausland sitzen, dürfte es noch schwierig werden, insbesondere wenn die Zahlungen einmal ausbleiben.

23. Wie könnte sichergestellt werden, dass anstelle der gesamten Kommune das nächste Umfeld um den Standort direkt von den Beteiligungsmodellen profitieren?

**Antw.:** Das ist kaum möglich und eine Frage der Gerechtigkeit.

24. Wie bewerten Sie, dass nach den in den §§ 5 bis 8 festgelegten „anderen“ Beteiligungsmodellen, nur die Standortkommune, nicht jedoch eventuell benachbarte Gemeinden beteiligt werden?

**Antw.:** Damit wird das gesamte Konstrukt wieder ausgehebelt. Was einmal mehr zeigt, dass der Gesetzentwurf von vorn bis hinten nicht durchdacht ist. Viele Gemeinden befinden sich zwar im unmittelbaren Einwirkungsbereich der Anlagen, haben aber mit den Standortflächen nichts zu tun. Damit würde die vorgesehene „Entschädigung“ ganz an diesen Gemeinden vorbeigehen.

25. Wie bewerten Sie die Ausnahme-Regelung des §2 Abs. 2 bzgl. unselbstständigen Teilen eines privilegierten Betriebs? Könnten auch in diesem Fall Anwohner von Auswirkungen der Windenergieanlagen betroffen sein?

**Antw.:** Wenn sich in dem Umkreis Wohngebäude befinden, sind die Anwohner natürlich ebenfalls betroffen. Warum sollte es da Unterschiede geben?

26. Wie bewerten Sie die Ausnahmeregelung des § 2 Abs. 3 bzgl. kommunalen Vorhabenträgern? Gilt diese Regelung auch für Stadt- und Gemeindewerke?

**Antw.:** Die Gemeinde kann natürlich nicht an sich selbst zahlen. Jedoch sind auch hier die Anwohner betroffen.

27. Wie bewerten Sie die in § 4 Abs. 3 geregelte Beteiligung der Anwohner mit einem Betrag in Höhe von 50 % der in § 4 Abs. 2 festgelegten Höhe für die Kommune (Höchstsumme nach § 6 Abs. 2 EEG)?

**Antw.:** Die Summe ist so marginal, dass jeder darauf verzichten würde, sofern er sich zwischen der Beteiligung und der Ablehnung der Anlagen entscheiden könnte.

28. Sind die Musterverträge der Fachagentur Windenergie an Land zur Umsetzung der finanziellen Beteiligung aus § 6 EEG ausreichend, um die Voraussetzungen des § 4 Abs. 2 zu erfüllen?

**Antw.:** Nein. Die lokalen Umstände und sonstigen Bedingungen sind sehr verschieden und mitunter rechtlich kompliziert. Die notwendigen Verhandlungen und die genaue Vertragsgestaltung wird offensichtlich unterschätzt.

29. Wie bewerten Sie die in § 4 Abs. 3 sowie § 3 Abs. 10 geregelte Bürgerbeteiligung via Sparprodukt? Welche Aspekte sind bei einem Sparprodukt durch die Einwohner zu berücksichtigen?

**Antw.:** Siehe Stellungnahme.

30. Wie bewerten Sie die in § 4 Abs. 3 sowie § 3 Abs. 10 geregelte Bürgerbeteiligung via Strompreiserlösgutschrift? Wie sollte die Auszahlung dieser in der Praxis geregelt werden?

**Antw.:** Siehe Stellungnahme.

31. In der Diskussion um direkte Bürgerbeteiligungsmodelle wurden auch schon Vorschläge Zu Direktzahlungen an Bürgerinnen und Bürger gemacht (Windbürgergeld, Windprämie). Wie bewerten sie eine Aufnahme einer solchen Option in das Gesetz?

**Antw.:** Als reine Bestechung (überwiegend öffentliche Meinung). Einzelne Interessierte Bürger sehen dies als Geldquelle ohne Gegenleistung (bis zu einer bestimmten Schmerzgrenze). Allerdings werden hohe Beträge erwartet. Dabei bleibt das Verteilprinzip und -verhältnis im Dunkeln.

32. In § 5 sind auch andere Beteiligungsmodelle wie z.B. gesellschaftsrechtliche Beteiligungen möglich. Welche Erfahrungen gibt es damit und wie bewerten Sie diese?

**Antw.:** Keine Erfahrung.

33. In § 6 wird das Beteiligungsmodell Lokalstromtarif geregelt. Welche Erfahrungen mit Lokalstromtarifen gibt es und wie bewerten Sie diese?

**Antw.:** Das Beteiligungsmodell Lokalstromtarif ist nur im Ansatz beschrieben. Die organisatorische und technische Umsetzung sind unklar. Bisher gibt dazu keine Erfahrung.

34. Wie bewerten Sie das in § 5 Abs. 1 Nr. 3 sowie § 8 geregelte Beteiligungsmodell der direkten Stromlieferungen?

**Antw.:** Für direkte Stromlieferung müssten eigene Netze vorhanden sein. Man scheitert doch schon im PV-Bereich an der Bürokratie und den Regelungen, die in der Praxis bislang nicht umsetzbar sind.

35. Wie bewerten Sie die Schenkungen für ein lokales Wärmenetz nach § 7 mit Hinblick auf die zu Erwartenden Änderungen auf Bundesebene zur verpflichtenden kommunalen Wärmeplanung?

**Antw.:** Rechtlich sehr bedenklich und praktisch kompliziert bzw. kaum umzusetzen (nur Einzelfälle).

36. Wie bewerten Sie, dass lt. § 7 Abs. 2 der Schenkungsvertrag nur dann abgeschlossen werden darf, wenn die Standortgemeinde bereits einen kommunalen Wärmeversorgungsplan aufgestellt hat?

**Antw.:** Als Maßnahme die sich lange hinziehen wird (bis der Wärmeversorgungsplan aufgestellt ist).

37. Wie würden Sie stattdessen die Möglichkeit zur Berücksichtigung einer bereits begonnenen aber noch nicht abgeschlossenen Wärmeplanung bewerten, z.B. in der Form, dass zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Wärmeplanung ein Wechsel des Beteiligungsmodells möglich wird?

**Antw.:** Damit wird der Regelungsgehalt im Gesetz noch komplizierter und umfassender.

38. Wie bewerten Sie die in § 9 Abs. 3 eingeräumte Frist von drei Monaten?

**Antw.:** Völlig an der Realität vorbei.

39. Wie bewerten Sie die Höhe der in § 10 Abs. 1 geregelten Ausgleichsabgabe?

**Antw.:** Als Sanktion die sich nur schwierig durchsetzen lässt und juristische Streitfälle erwarten lässt.

40. Wie bewerten Sie, dass lt. der Begründung zu § 6 Abs. 2 „eine tatsächlich geringere Nachfrage [...] nicht zu Anpassung der Vertragskonditionen“ verpflichtet?

**Antw.:** Sollten Vertragsjuristen oder der Wissenschaftlich Dienst des TLT beantworten (Gutachten).

41. Wie könnten Haushalte in sehr kleinen Kommunen bzw. im Außenbereich, für die ein Wärmenetz nicht wirtschaftlich darstellbar ist, von den in § 7 dargestellten Schenkungen profitieren?

**Antw.:** Kaum. In der Regel fehlen dann auch das Personal und die Kompetenz.

42. Wie könnten Haushalte, insbesondere in sehr kleine Kommunen bzw. im Außenbereich, unmittelbar von den in Windparks regelmäßig auftretenden Stromspitzen profitieren? Wie könnten diese in bereits privat angeschaffte, existierende Energiespeicher eingespeist werden?

**Antw.:** Dazu fehlen u. E. die notwendigen Infrastrukturen und die technologischen Lösungen.

43. Sollten Bürgerenergiegenossenschaften von dem Gesetz gesondert adressiert werden? Wenn ja, wie sollte dies am besten geschehen?

**Antw.:** Nein. Es wird kein Vorteil gesehen und das Gesetz wird noch komplizierter. Bürgerenergiegenossenschaften sind vom Gesetzgeber schon umfassend und weitgehend eigenständig geregelt.

44. Ist mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sichergestellt, dass die Kommunen die Einnahmen nicht zur Haushaltskonsolidierung verwenden müssen, sondern wirksam akzeptanzsteigernd vor Ort positiv wirksam werden? Wenn nicht, wie könnte dies sichergestellt werden?

**Antw.:** Die schreibt schon die Thüringer KO in den Grundsätzen vor.

45. Sollte das Gesetz auch auf Photovoltaik-Freiflächenanlagen angewendet werden?

**Antw.:** Nein.

[illegible]





E40/6.44 E Windpark WEA-Nr. 44186 Htj	600	87	44 UH	Dünwald	2000	1474	1277	1633	1691	1555	1672	1473	1701	0	0	0	0	10.42172	51.32352	SE905691	16	0	16054	16050014	35		
M077 Windpark WEA 13-70334 MD	1500	124	77 KYF	Ebelben	2003	1433	1227	1513	1560	1426	1611	1373	1646	63.25	0	0	0	0	10.70383	51.39255	SE998604	16	0	16065	16050014	35	
M077 Windpark WEA 05-70318 MD	1500	124	77 KYF	Ebelben	2003	1433	1227	1513	1560	1426	1611	1373	1646	63.25	0	0	0	0	10.69725	51.37326	SE991694	16	0	16065	16050014	35	
M077 Windpark WEA 04-70333 MD	1500	124	77 KYF	Ebelben	2003	1433	1227	1513	1560	1426	1611	1373	1646	63.25	0	0	0	0	10.69614	51.39285	SE929161	16	0	16065	16050014	35	
M077 Windpark WEA 09-70315 MD	1500	124	77 KYF	Ebelben	2003	1433	1227	1513	1560	1426	1611	1373	1646	63.25	0	0	0	0	10.71394	51.39689	SE9319811	16	0	16065	16050014	35	
M077 Windpark WEA 03-70335 MD	1500	124	77 KYF	Ebelben	2003	1433	1227	1513	1560	1426	1611	1373	1646	63.25	0	0	0	0	10.71214	51.37009	SE965311	16	0	16065	16050014	35	
M077 Windpark WEA 11-70315 MD	1500	124	77 KYF	Ebelben	2003	1433	1227	1513	1560	1426	1611	1373	1646	63.25	0	0	0	0	10.69921	51.37063	SE924371	16	0	16065	16050014	35	
M077 Windpark WEA 01-70315 MD	1500	124	77 KYF	Ebelben	2003	1433	1227	1513	1560	1426	1611	1373	1646	63.25	0	0	0	0	10.69937	51.37376	SE963481	16	0	16065	16050014	35	
M077 Windpark WEA 10-70330 MD	1500	124	77 KYF	Ebelben	2003	1433	1227	1513	1560	1426	1611	1373	1646	63.25	0	0	0	0	10.69845	51.37252	SE994121	16	0	16065	16050014	35	
M077 Windpark WEA 07-70317 MD	1500	124	77 KYF	Ebelben	2003	1433	1227	1513	1560	1426	1611	1373	1646	63.25	0	0	0	0	10.70079	51.37767	SE911961	16	0	16065	16050014	35	
GE 5.5 Ebenheim Ebenheim-Welgar	5500	240	158 GH	Ebenheim	2021	1743	483							74.9	0	0	0	0	10.70036	51.37525	SE9951104	16	0	16065	16050014	35	
GE 5.5 Ebenheim Ebenheim-Welgar	5500	240	82 APD	Ebenheim	2021	1743	490							76.4	0	0	0	0	10.52716	50.96147	SE996107	16	0	16067	16070088	35	
V90-2.0M1 Windpark WEA 47368	2300	139	82 APD	Eckolstadt	2014	1874	1472	1780	1821	1622	1961			0	0	0	0	0	10.52089	50.96318	SE996897	16	0	16067	16070088	35	
V90-2.0M1 Windpark WEA 47372	2000	150	90 APD	Eckolstadt	2012									0	0	0	0	0	11.62082	51.03982	SE900721	16	0	16071	1607099	35	
V90-2.0M1 Windpark WEA 47375	2000	150	90 APD	Eckolstadt	2012									0	0	0	0	0	11.63226	51.04636	SE9232014	16	0	16071	1607099	35	
Enernon E WP Eckols E40 40965	500	85	40 APD	Eckolstadt	1997	1391	1298	1525	1515	1337	1629	1340	1696	0	0	0	0	0	11.64065	51.05922	SE957294	16	0	16071	1607099	35	
Enernon E WP Eckols E40 40983	500	85	40 APD	Eckolstadt	1997	1391	1298	1525	1515	1337	1629	1340	1696	0	0	0	0	0	11.62547	51.02891	SE9974498	16	0	16071	1607099	35	
Enernon E WP Eckols E40 40963	500	85	40 APD	Eckolstadt	1997	1391	1298	1525	1515	1337	1629	1340	1696	0	0	0	0	0	11.61583	51.03601	SE9916801	16	0	16071	1607099	35	
Enernon E WP Eckols E70 70809	1800	118	56 APD	Eckolstadt	2002	1321	1232	1603	1608	1426	1547	1272	1610	0	0	0	0	0	11.62419	51.03239	SE9922481	16	0	16071	1607099	35	
Enernon E WP Eckols E40 40988	2000	85	40 APD	Eckolstadt	1997	1391	1298	1525	1515	1337	1629	1340	1696	0	0	0	0	0	11.62027	51.03038	SE995291	16	0	16071	1607099	35	
V90-2.0M1 Windpark WEA 47371	2000	150	90 APD	Eckolstadt	2012									0	0	0	0	0	11.61624	51.04544	SE995571	16	0	16071	1607099	35	
V-113 PM Windpark 223381-5	3450	150	112 APD	Eckolstadt	2018	1645	1461	1648	1722	1271				0	0	0	0	0	11.63116	51.05484	SE9966511	16	0	16071	1607099	35	
E-82 E2 Windpark mdp Eckolstadt - 2	2300	179	82 APD	Eckolstadt	2012	1874	1710	2066	2079	1970	2227	1118	1246	1295	0	0	0	0	0	11.62735	51.17853	SE9177394	16	0	16071	1607099	35
Enernon E WP Eckols E40 40580	300	85	40 APD	Eckolstadt	1997	1391	1298	1525	1515	1337	1629	1340	1696	0	0	0	0	0	11.64979	51.05517	SE9149594	16	0	16071	1607099	35	
E-82 E2 Eckolstadt mdp Eckolstadt - 1	2300	179	82 APD	Eckolstadt	2012	1874	1596	2032	2041	1892	2161			65.7	0	0	0	0	11.62986	51.03141	SE9231616	16	0	16071	1607099	35	
Enernon E WP Eckols E40 40582	500	85	40 APD	Eckolstadt	1997	1391	1298	1525	1515	1337	1629	1340	1696	0	0	0	0	0	11.64757	51.05758	SE9902871	16	0	16071	1607099	35	
E 70 Blutsattel 7821.38	2300	149	70 EIC	Efferd	2009	1778	1719	2144	2076	1864	2193	1879	2175	0	0	0	0	0	11.62491	51.03119	SE970621	16	0	16071	1607099	35	
Vestas VII Neulkrone NK 14	2300	149	70 EIC	Efferd	2009	1778	1719	2144	2076	1864	2193	1879	2175	0	0	0	0	0	10.28789	51.23922	SE9857001	16	0	16061	16051027	35	
Vestas VII Neulkrone NK 12	2300	149	70 EIC	Efferd	2009	1778	1719	2144	2076	1864	2193	1879	2175	0	0	0	0	0	10.28426	51.24292	SE9933461	16	0	16061	16051027	35	
V336 Neulkrone NK 16	3450	217	136 EA	Elenach	2018	1896	1696	2244	2355	1795				0	0	0	0	0	10.33475	51.03501	SE949504	16	0	16061	16051027	35	
Vestas VII Neulkrone NK 17	3450	217	136 EA	Elenach	2018	1896	1696	2244	2355	1795				0	0	0	0	0	10.34227	51.04173	SE996337	16	0	16061	16051027	35	
Vestas VII Neulkrone NK 15	2000	141	82 EA	Elenach	2018	856	949	1368	1197	1209	1118	1246	1295	65.2	0	0	0	0	10.31477	51.03617	SE9901834	16	0	16061	16051027	35	
NM 52/50 Hötzelrod 70645	900	96	52 EA	Elenach	2004	1901	809	990	1069	968	2484	1246	1295	0	0	0	0	0	10.37581	51.00918	SE990322	16	0	16061	16051027	35	
NM 52/50 Hötzelrod 70644	900	96	52 EA	Elenach	2004	1901	830	1129	976	960	2484	1246	1295	0	0	0	0	0	10.37838	51.01049	SE9953034	16	0	16061	16051027	35	
Vensys V1 Windpark Mihla	2500	150	100 EA	Elenach	2016	1316	1152	1700	1598	1491	1714			0	0	0	0	0	10.34615	51.03398	SE9903354	16	0	16061	16051027	35	
Vestas V1 Neulkrone NK 12	3450	212	126 EA	Elenach	2018	1896	1696	2244	2355	1795				0	0	0	0	0	10.32811	51.03533	SE9999321	16	0	16061	16051027	35	
MM 82 Neulkrone NK-B-15-F	2000	141	82 EA	Elenach	2018	856	1056	1342	1392	1425	1118	1246	1295	65.2	0	0	0	0	10.33894	51.04309	SE9919564	16	0	16061	16051027	35	
V40 5.40 Neulkrone NK-B-1-F	500	83	40 EA	Elenach	1998	987	946	1256	1190	1118	1266			0	0	0	0	0	10.33376	51.03705	SE9956040	16	0	16061	16051027	35	
V150 Neulkrone NK 19	4200	241	150 EA	Elenach	2019	2331	2071	2107	1823	1315	1118	1246	1295	62.5	0	0	0	0	10.31695	51.04053	SE9942824	16	0	16061	16051027	35	
MM 82 Neulkrone NK-B-2-F	2000	141	82 EA	Elenach	2004	856	992	1435	1367	1315	1118	1246	1295	48	0	0	0	0	10.34466	51.03965	SE9909393	16	0	16061	16051027	35	
E40 5.40 Neulkrone NK-B-3-F	500	85	40 EA	Elenach	1998	987	946	1256	1190	1118	1266			48	0	0	0	0	10.33589	51.04472	SE9908524	16	0	16061	16051027	35	
Vensys V7 Neulkrone NK-B-30 (Vensys 77	1500	138	77 EA	Elenach	2009	1276	1129	1528	1487	1381	1667	1423	1698	0	0	0	0	0	10.32148	51.03834	SE9976761	16	0	16061	16051027	35	
M077 Neulkrone NK 10	1500	124	77 EA	Elenach	2003	1484	854	1427	998	979	1276	1144	1454	60.7	0	0	0	0	10.32119	51.03979	SE9912814	16	0	16061	16051027	35	
E-40/6.44 Hötzelrod H03	600	99	44 EA	Elenach	2002									58.17	0	0	0	0	10.37343	51.00244	SE9496134	16	0	16061	16051027	35	
E-40 5.40 Rehleben NK-B-6-F	500	85	40 EA	Elenach	1998	987	946	1256	1190	1118	1266	1032	1297	61.18	0	0	0	0	10.32609	51.00467	SE9901234	16	0	16061	16051027	35	
Vensys V7 WP Neulkrone NK-B-29 (Vensys 77	1500	138	77 EA	Elenach	2009	1276	1282	1692	1347	1191	1657	1423	1698	0	0	0	0	0	10.31763	51.03380	SE9951931	16	0	16061	16051027	35	
Vensys 62 Windpark Vensys 62	1200	100	62 EA	Elenach	2006	291	874	853	1237	767	381	810	1372	50	0	0	0	0	10.33398	51.03979	SE9946484	16	0	16061	16051027	35	
E40 5.40 Rehleben NK-B-5-F	500	85	40 EA	Elenach	1998	987	946	1256	1190	1118	1266			48	0	0	0	0	10.32148	51.03834	SE9976761	16	0	16061	16051027	35	
E48 WP Neulkrone H02	800	99	48 EA	Elenach	2005	927	895	1219	1173	1065	1211	1010	1158	64	0	0	0	0	10.32172	51.0044	SE9920421	16	0	16061	16051027	35	
E40 5.40 Rehleben NK-B-4-F	500	85	40 EA	Elenach	1998	987	946	1256	1190	1118	1266			48	0	0	0	0	10.32568	51.03744	SE9953011	16	0	16061	16051027	35	
N63 Neulkrone NK01	1300	100	53 EA	Elenach	2020									44.41	0	0	0	0	10.3234	51.04093	SE9933161	16	0	160			



F48	Kirchengr. WK24 MARCO (KE 1	750	99	48 KfF	Großehn	1999	654	652	1032	541	685	802	1219	0	0	0	0	10.92444	51.30056	SEE94121:	16	0	16065	16065023	35
FRS14.48/	Kirchengr. WK21 SHAHRAH (KE	750	99	48 KfF	Großehn	1999	664	682	1032	541	685	802	1219	0	0	0	0	10.92611	51.30084	SEE921071	16	0	16065	16065023	35
FRS14.48/	Kirchengr. WK211 MICELLE (KE	750	99	48 KfF	Großehn	1999	664	682	1032	541	685	802	1219	0	0	0	0	10.91979	51.30503	SEE90312:	16	0	16065	16065023	35
V90	Großehn	2000	150	90 KfF	Großehn	2006	1532	1420	1738	1578	1887	1572	1807	59,5	0	0	0	10.95372	51.20729	SEE92620:	16	0	16065	16065023	35
FRS14.48/	Kirchengr. WK20 MIRKY (KE 1:	750	99	48 KfF	Großehn	1999	664	682	1032	541	685	802	1219	0	0	0	0	10.92576	51.3027	SEE99926:	16	0	16065	16065023	35
Vasas VS	Großehn	2000	150	90 KfF	Großehn	2006	1532	1420	1660	1703	1887	1572	1807	63,2	0	0	0	10.93988	51.21155	SEE90172:	16	0	16065	16065023	35
V90	Großehn	2000	150	90 KfF	Großehn	2006	1532	1420	1660	1703	1887	1572	1807	56,7	0	0	0	10.94408	51.20769	SEE98567:	16	0	16065	16065023	35
V90	Großehn	2000	150	90 KfF	Großehn	2006	1532	1420	1660	1703	1887	1572	1807	54,7	0	0	0	10.94413	51.21098	SEE93818:	16	0	16065	16065023	35
V90	Großehn	2000	150	90 KfF	Großehn	1999	664	682	1032	541	685	802	1219	0	0	0	0	10.93806	51.20733	SEE90772:	16	0	16065	16065023	35
FRS14.48/	Kirchengr. WK23 CINDY (KE 14	750	99	48 KfF	Großehn	1999	664	682	1032	541	685	802	1219	0	0	0	0	10.92556	51.30447	SEE94238:	16	0	16065	16065023	35
V112 - 3,3	WKA Kirchweg Kirchengel 3.3	3000	196	112 KfF	Großehn	2016	2145	1993	2462	2458	2197	2391	1887	60,5	0	0	0	10.94036	51.20991	SEE97050:	16	0	16065	16065023	35
V90	Großehn	2000	150	90 KfF	Großehn	2006	1532	1420	1660	1588	1578	1887	1572	1807	51,1	0	0	10.92768	51.29674	SEE98070:	16	0	16065	16065023	35
V90	Großehn	2000	150	90 KfF	Großehn	1999	664	682	1032	541	685	802	1219	0	0	0	0	10.94891	51.20992	SEE97025:	16	0	16065	16065023	35
Vasas VI:	Kirchengr. WK25 LUKE (KE 12)	750	99	48 KfF	Großehn	1999	664	682	1032	541	685	802	1219	0	0	0	0	10.91979	51.30503	SEE92984:	16	0	16065	16065023	35
V90	Großehn	2000	150	90 KfF	Großehn	2006	1532	1420	1660	1594	1578	1887	1572	1807	64,38	0	0	10.97162	51.20501	SEE93315:	16	0	16065	16065023	35
V90	Großehn	2000	150	90 KfF	Großehn	2006	1532	1420	1660	1594	1578	1887	1572	1807	58	0	0	10.96755	51.20714	SEE96611:	16	0	16065	16065023	35
V90	Großehn	2000	150	90 KfF	Großehn	2006	1532	1420	1660	1594	1578	1887	1572	1807	53,1	0	0	10.94904	51.20734	SEE90099:	16	0	16065	16065023	35
V112	CEE WP M CEE WP Westering	3000	196	112 KfF	Großehn	2016	1935	1724	2122	2195	2005	2256	1621	66,88	0	0	0	10.95882	51.20813	SEE95885:	16	0	16065	16065023	35
V80 - 2,0N	WP Große V 18815-06	2000	140	80 KfF	Großehn	2004	1351	1148	1364	1490	1406	1454	1474	1872	69,67	0	0	10.95261	51.21139	SEE97082:	16	0	16065	16065023	35
V112	CEE WP M CEE WP Westering	3000	196	112 KfF	Großehn	2016	1935	1724	2122	2195	2005	2256	1621	66,88	0	0	0	10.905	51.30461	SEE92703:	16	0	16065	16065084	35
V162	Kirchengr. KE 09	5600	247	162 KfF	Großehn	2022	682	1756	2223	2245	2107	2391	1887	67,06	0	0	0	10.9	51.30871	SEE95965:	16	0	16065	16065084	35
Vasas VI:	Kirchengr. KE 10	3300	196	112 KfF	Großehn	2016	2145	2169	2659	2783	2438	2767	70,09	0	0	0	0	10.89944	51.30778	SEE97372:	16	0	16065	16065084	35
Vasas VI:	Kirchengr. KE 01	3300	212	126 KfF	Großehn	2016	2145	2275	2672	2837	2438	2767	70,09	0	0	0	0	10.9075	51.29694	SEE953071:	16	0	16065	16065084	35
Vasas VI:	Kirchengr. KE 03.1	3300	212	126 KfF	Großehn	2016	2145	2097	2674	2800	2438	2767	70,16	0	0	0	0	10.9297	51.30595	SEE93817:	16	0	16065	16065084	35
Vasas VI:	Kirchengr. KE 05.1	3300	212	126 KfF	Großehn	2016	2145	2097	2674	2800	2438	2767	70,16	0	0	0	0	10.93048	51.30251	SEE96192:	16	0	16065	16065084	35
V80 - 2,0N	WP Große V 18817-08	2000	140	80 KfF	Großehn	2004	1351	1148	1364	1490	1406	1454	1474	1872	69,67	0	0	10.90008	51.30268	SEE92765:	16	0	16065	16065084	35
V80 - 2,0N	WP Große V 18818-09	2000	140	80 KfF	Großehn	2004	1351	1148	1364	1490	1406	1454	1474	1872	69,67	0	0	10.92515	51.30111	SEE93867:	16	0	16065	16065084	35
V80 - 2,0N	WP Große V 18816-07	2000	140	80 KfF	Großehn	2004	1351	1148	1364	1490	1406	1454	1474	1872	69,67	0	0	10.90762	51.30384	SEE90383:	16	0	16065	16065084	35
V80 - 2,0N	WP Große V 18810-01	2000	140	80 KfF	Großehn	2004	1351	1148	1364	1490	1406	1454	1474	1872	69,67	0	0	10.90731	51.30388	SEE906971:	16	0	16065	16065084	35
V80 - 2,0N	WP Große V 18820-11	2000	140	80 KfF	Großehn	2004	1351	1148	1364	1490	1406	1454	1474	1872	69,67	0	0	10.90731	51.30388	SEE95385:	16	0	16065	16065084	35
V80 - 2,0N	WP Große V 18820-11	2000	140	80 KfF	Großehn	2004	1351	1148	1364	1490	1406	1454	1474	1872	69,67	0	0	10.92033	51.30382	SEE97408:	16	0	16065	16065084	35
V80 - 2,0N	WP Große V 18819-10	2000	140	80 KfF	Großehn	2004	1351	1148	1364	1490	1406	1454	1474	1872	69,67	0	0	10.92033	51.30382	SEE95924:	16	0	16065	16065084	35
V80 - 2,0N	WP Große V 18814-03	2000	140	80 KfF	Großehn	2004	1351	1148	1364	1490	1406	1454	1474	1872	69,67	0	0	10.93498	51.30128	SEE91079:	16	0	16065	16065084	35
V112	CEE WP M CEE WP Westering	3000	196	112 KfF	Großehn	2016	1935	1724	2122	2195	2005	2256	1626	66,88	0	0	0	10.90083	51.30083	SEE93973:	16	0	16065	16065084	35
V80 - 2,0N	WP Große V 18813-04	2000	140	80 KfF	Großehn	2004	1351	1148	1364	1490	1406	1454	1474	1872	69,67	0	0	10.91504	51.29985	SEE90045:	16	0	16065	16065084	35
Vasas VI:	meridian \ WEA 04	3600	200	126 2K	Großehn	2022	682	1756	2223	2245	2107	2391	1887	67,06	0	0	0	12.21178	50.89922	SEE945271:	16	0	16076	16076023	35
V150	meridian \ WEA 03	3600	200	126 2K	Großehn	2022	682	1756	2223	2245	2107	2391	1887	67,06	0	0	0	12.22275	50.88877	SEE99150:	16	0	16076	16076023	35
3.4 M1221	meridian \ WEA 2	3400	200	122 2K	Großehn	2017	2560	2360	2906	2802	2441	2602	71,8	0	0	0	0	12.21623	50.88944	SEE92185:	16	0	16076	16076023	35
V150	meridian \ WEA 05	4200	241	150 2K	Großehn	2022	682	1756	2223	2245	2107	2391	1887	67,06	0	0	0	12.21365	50.88563	SEE99554:	16	0	16076	16076023	35
3.4 M1221	meridian \ WEA 1	3400	200	122 2K	Großehn	2021	2560	2360	2906	2802	2441	2602	71,8	0	0	0	0	12.21853	50.88604	SEE95160:	16	0	16076	16076023	35
V150-5.6 F	Windpark WEA GNH UK 01a	5600	244	150 SÖM	Großehn	2021	1019	1	2906	2802	2441	2602	71,8	0	0	0	0	12.21048	50.88658	SEE92159:	16	0	16076	16076023	35
Vasas VS	Großehn	2000	150	90 KfF	Großehn	2006	1532	1420	1660	1588	1578	1887	1572	1807	51,1	0	0	10.74989	51.12855	SEE95608:	16	0	16064	16064019	35
V90	Großehn	2000	150	90 KfF	Großehn	2006	1532	1420	1660	1588	1578	1887	1572	1807	51,1	0	0	10.75344	51.12401	SEE99363:	16	0	16064	16064019	35
V90	Großehn	2000	150	90 KfF	Großehn	2006	1532	1420	1660	1588	1578	1887	1572	1807	51,1	0	0	10.76448	51.13023	SEE95376:	16	0	16064	16064019	35
V90	Großehn	2000	150	90 KfF	Großehn	2006	1532	1420	1660	1588	1578	1887	1572	1807	51,1	0	0	10.75666	51.12794	SEE93115:	16	0	16064	16064019	35
V90	Großehn	2000	150	90 KfF	Großehn	2006	1532	1420	1660	1588	1578	1887	1572	1807	51,1	0	0	10.75002	51.12629	SEE98464:	16	0	16064	16064019	35
E-82 E2 -2	WP Nemo E 825789-01	2300	179	82 NDH	Haltrede	2014	1667	1540	1781	1876	1566	2110	1688	2074	0	0	0	10.75183	51.12596	SEE99688:	16	0	16064	16064019	35
E-82 E2 -2	WP Nemo E 825790-02	2300	179	82 NDH	Haltrede	2014	1667	1540	1781	1876	1566	2110	1688	2074	0	0	0	10.80371	51.43326	SEE97691:	16	0	16064	16064019	35
NM 1000-:	Windrad F Windrad Forstswölfe	1000	97	54 2K	Harth-Pöll	2000	1398	1351	1663	1655	1419	1613	1217	1716	0	0	0	10.8031	51.43019	SEE92179:	16	0	16062	16062014	35
NM 1000-:	Windrad F Windrad Forstswölfe	1000	97	54 2K	Harth-Pöll	2000	1398	1351	1663	1655	1419	1613	1217	1716	0	0	0	11.9574	50.77799	SEE91651:	16	0	16062	16062014	35
1.5sl	Windpark WEA Forstswölfe:	1500	138	77 2K	Harth-Pöll	2003	1670	1621	1588	2110	1923	2293	1972	2009	83,4	0	0	11.96042	50.72682	SEE98006:	16	0	16076	16076088	35
N100/250	WP Linda WEA																								



[illegible]

1500	100	70	6TH	Nesetal	1999	1176	1084	1117	1160	853	1116	991	1269	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
------	-----	----	-----	---------	------	------	------	------	------	-----	------	-----	------	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	--







E66-20.70 WP Tanna 702176	2000	133	70 SOK	Tanna	2004	1107	976	1151	1118	976	1086	937	1207	0	0	0	11.80738	50.49483	SE957351	16	0	16075	16075132	35
E66-18.70 WP Tanna 702834	1800	133	70 SOK	Tanna	2002	1208	1085	1406	1340	1224	1310	1441	1478	0	0	0	11.80991	50.49388	SE959254	16	0	16075	16075132	35
E7014	2300	149	70 SOK	Tanna	2009	1180	1071	1449	1386	1139	1312	1312	1478	0	0	0	11.81865	50.49555	SE959391	16	0	16075	16075132	35
E-66/18.71 Tanna 70039	1800	133	70 SOK	Tanna	2002	1208	1085	1406	1340	1224	1310	1441	1478	67,61	0	0	11.82515	50.49555	SE920571	16	0	16075	16075132	35
E-66/18.71 Tanna 70036	1800	133	70 SOK	Tanna	2002	1156	1212	1465	1536	1416	1514	1348	1478	67,58	0	0	11.81978	50.49954	SE977311	16	0	16075	16075132	35
E-66/18.71 Tanna 70035	1800	133	70 SOK	Tanna	2002	1156	1232	1594	1562	1390	1495	1358	1478	66,52	0	0	11.82683	50.49701	SE994071	16	0	16075	16075132	35
E-92.3.5N Windpark WK-TAN12	2300	150	92 SOK	Tanna	2002	1483	1290	1731	1716	1497	1702	1702	1702	68,8	0	0	11.80936	50.49688	SE952923	16	0	16075	16075132	35
E-38 EP3 Windpark WK-TAN13	3500	180	131 SOK	Tanna	2001	1842	504	2098	2215	2011	2101	2101	1383	77,45	0	0	11.80418	50.49717	SE972991	16	0	16075	16075132	35
E-38 EP3 Windpark WK-TAN10	3050	200	101 SOK	Tanna	2004	2064	1610	2098	2215	2011	2101	2101	1383	77,45	0	0	11.80207	50.49912	SE94532	16	0	16075	16075132	35
E-92 Windpark WKA1	500	85	40 SOK	Tanna	1998	1466	1224	1639	1579	1446	1560	1369	1478	67,58	0	0	11.82475	50.49466	SE950034	16	0	16075	16075132	35
E-92 Windpark Tanna 2	2350	184	92 SOK	Tanna	2002	1156	1094	1358	1297	1129	1238	1123	1478	67,61	0	0	11.81432	50.49836	SE959901	16	0	16075	16075132	35
E-66/18.71 Tanna 70038	1800	133	70 SOK	Tanna	2002	1156	1094	1358	1297	1129	1238	1123	1478	67,61	0	0	11.81432	50.49836	SE959901	16	0	16075	16075132	35
V-112 Windpark WEA3 (Seriemunn	3075	175	112 GTH	Teuleben	2013	1837	1639	2054	2003	1849	2174	1791	2033	0	0	0	10.55051	50.95848	SE970851	16	0	16067	16067088	35
Vestas V1: Teuleben 200958	3075	175	112 GTH	Teuleben	2013	1843	1656	2066	2032	1913	2093	1812	1888	0	0	0	10.54034	50.95697	SE949091	16	0	16067	16067088	35
V-112 Windpark WEA1 (Seriemunn	3075	175	112 GTH	Teuleben	2013	1837	1639	2054	2003	1849	2174	1791	2033	0	0	0	10.54034	50.95697	SE949091	16	0	16067	16067088	35
V-112 Windpark WEA2 (Seriemunn	3075	175	112 GTH	Teuleben	2013	1837	1639	2054	2003	1849	2174	1791	2033	62,42	0	0	10.54569	50.95726	SE960631	16	0	16067	16067088	35
V-112 Windpark WEA4 (Seriemunn	3075	175	112 GTH	Teuleben	2013	1837	1639	2054	2003	1849	2174	1791	2033	0	0	0	10.54363	50.95933	SE947134	16	0	16067	16067088	35
V-136-3.6 An Hahib HAIN - WEA A	3600	200	136 GTH	Teuleben	2013	1837	1639	2054	2003	1849	2174	1791	2033	0	0	0	10.54072	50.96114	SE93042	16	0	16067	16067088	35
Vestas V1: Teuleben 200957	3450	174	117 GTH	Teuleben	2022	1843	1656	2066	2032	1913	2093	1812	1888	0	0	0	10.54438	50.95969	SE917861	16	0	16067	16067088	35
N117-2.4N meridian \ WEA 6	2400	178	117 ABG	Thonhaus	2016	2577	2624	2593	2977	2588	3106	2846	1992	0	0	0	10.53932	50.95132	SE947591	16	0	16067	16067088	35
N117-2.4N meridian \ WEA 7	2400	178	117 ABG	Thonhaus	2016	2577	2624	2593	2977	2588	3106	2846	1992	0	0	0	12.345	50.82751	SE924111	16	0	16077	16077047	35
N117-2.4N meridian \ WEA 4	2400	178	117 ABG	Thonhaus	2016	2577	2624	2593	2977	2588	3106	2846	1992	0	0	0	12.345	50.82751	SE924111	16	0	16077	16077047	35
3.4M114 \ Mark Sahr Thonhausen WEA6	3400	200	114 ABG	Thonhaus	2017	0	2308	2624	2639	2249	4131	2949	2803	0	0	0	12.345	50.82751	SE924111	16	0	16077	16077047	35
N117-2.4N meridian \ WEA 5	2400	158	117 ABG	Thonhaus	2016	2577	2624	2593	2977	2588	3106	2949	1992	0	0	0	12.345	50.82751	SE924111	16	0	16077	16077047	35
N117-2.4N meridian \ WEA 8	1500	138	77 UH	Tonna	2002	1469	1353	1710	1658	1502	1648	1517	1377	67,93	0	0	12.33889	50.82389	SE919431	16	0	16077	16077047	35
M077 Grobargz Grobargula 02	1500	138	77 UH	Tonna	2002	1469	1353	1710	1658	1502	1648	1517	1377	67,93	0	0	10.75976	51.12179	SE952041	16	0	16064	16064003	35
M077 Grobargz Grobargula 09	1500	138	77 UH	Tonna	2002	1469	1353	1710	1658	1502	1648	1517	1377	67,93	0	0	10.75976	51.12179	SE952041	16	0	16064	16064003	35
M077 Grobargz Grobargula 05	1500	138	77 UH	Tonna	2002	1469	1353	1710	1658	1502	1648	1517	1377	67,93	0	0	10.75976	51.12179	SE952041	16	0	16064	16064003	35
M077 Grobargz Grobargula 06	1500	138	77 UH	Tonna	2002	1469	1353	1710	1658	1502	1648	1517	1377	67,93	0	0	10.75976	51.12179	SE952041	16	0	16064	16064003	35
M077 Grobargz Grobargula 14	1500	138	77 UH	Tonna	2002	1469	1353	1710	1658	1502	1648	1517	1377	67,93	0	0	10.75976	51.12179	SE952041	16	0	16064	16064003	35
M077 Grobargz Grobargula 10	1500	138	77 UH	Tonna	2002	1469	1353	1710	1658	1502	1648	1517	1377	67,93	0	0	10.75976	51.12179	SE952041	16	0	16064	16064003	35
M077 Grobargz Grobargula 01	1500	138	77 UH	Tonna	2002	1469	1353	1710	1658	1502	1648	1517	1377	67,93	0	0	10.75976	51.12179	SE952041	16	0	16064	16064003	35
M077 Grobargz Grobargula 15	1500	138	77 UH	Tonna	2002	1469	1353	1710	1658	1502	1648	1517	1377	67,93	0	0	10.75976	51.12179	SE952041	16	0	16064	16064003	35
M077 Grobargz Grobargula 11	1500	138	77 UH	Tonna	2002	1469	1353	1710	1658	1502	1648	1517	1377	67,93	0	0	10.75976	51.12179	SE952041	16	0	16064	16064003	35
M077 Grobargz Grobargula 16	1500	138	77 UH	Tonna	2002	1469	1353	1710	1658	1502	1648	1517	1377	67,93	0	0	10.75976	51.12179	SE952041	16	0	16064	16064003	35
M077 Grobargz Grobargula 10	1500	138	77 UH	Tonna	2002	1469	1353	1710	1658	1502	1648	1517	1377	67,93	0	0	10.75976	51.12179	SE952041	16	0	16064	16064003	35
M077 Grobargz Grobargula 12	1500	138	77 UH	Tonna	2002	1469	1353	1710	1658	1502	1648	1517	1377	67,93	0	0	10.75976	51.12179	SE952041	16	0	16064	16064003	35
M077 Grobargz Grobargula 04	1500	138	77 UH	Tonna	2002	1469	1353	1710	1658	1502	1648	1517	1377	67,93	0	0	10.75976	51.12179	SE952041	16	0	16064	16064003	35
V-62 Kirchhellen Tl. 09	3600	247	162 UH	Tottleben	2022	1781	1570	2027	2142	1875	1848	1848	1848	67,76	0	0	10.74486	51.12228	SE977011	16	0	16064	16064003	35
V-132.3.3N Windpark Z1.8958	3300	196	112 KVF	Trebra	2017	1876	1716	2159	2208	2015	2246	2246	1848	0	0	0	10.74134	51.29176	SE970431	16	0	16064	16064003	35
V-112 WP Kirche WKA1Te	3300	196	112 KVF	Trebra	2017	1876	1716	2159	2208	2015	2246	2246	1848	0	0	0	10.74134	51.29176	SE970431	16	0	16064	16064003	35
V-112	218364	3300	196	112 KVF	Trebra	2017	1876	1716	2159	2208	2015	2246	1848	0	0	0	10.74134	51.29176	SE970431	16	0	16064	16064003	35
V-150.4.2 Windpark WEA 7	4200	241	150 SOK	Triptis	2021	2947	1302	802	1466	1329	1467	1228	1559	75	0	0	10.61632	51.29293	SE974011	16	0	16075	16075116	35
Vestas V5: Trügleben WKA Trügleben 3 (\	850	100	52 GTH	Trügleben	2004	1303	1022	802	1466	1329	1467	1228	1559	75	0	0	10.62946	50.95873	SE979291	16	0	16067	16067088	35
DeWind 4: Trügleben WKA Trügleben 2	600	84	48 GTH	Trügleben	1999	464	648	1034	1188	1148	1475	1328	1486	0	0	0	10.63089	50.95753	SE922871	16	0	16067	16067088	35
HSW 1000 T0t Leben 1	1050	98	57 GTH	Tottleben	1999	739	885	1176	1183	1072	1236	1050	1291	0	0	0	10.63354	50.95684	SE930611	16	0	16067	16067071	35
HSW 1000 Tottleben WKA2	1050	98	57 GTH	Tottleben	1999	739	885	1176	1183	1072	1236	1050	1291	0	0	0	10.63354	50.95684	SE930611	16	0	16067	16067071	35
HSW 1000 Tottleben Tottleben, WKA1	1050	98	57 GTH	Tottleben	1999	739	885	1176	1183	1072	1236	1050	1291	0	0	0	10.63354	50.95684	SE930611	16	0	16067	16067071	35
HSW 1000 Tottleben Tottleben, WKA2	1050	98	57 GTH	Tottleben	1999	739	885	1176	1183	1072	1236	1050	1291	0	0	0	10.63354	50.95684	SE930611	16	0	16067	16067071	35
HSW 1000 Tottleben Tottleben, WKA1	1050	98	57 GTH	Tottleben	1999	739	885	1176	1183	1072	1236	1050	1291	0	0	0	10.63354	50.95684	SE930611	16	0	16067	16067071	35
HSW 1000 Tottleben Tottleben, WKA2	1050	98	57 GTH	Tottleben	1999	739	885	1176	1183	1072	1236	1050	1291	0	0	0	10.63354	50.95684	SE930611	16	0	16067	16067071	35
HSW 1000 Tottleben Tottleben, WKA1	1050	98	57 GTH	Tottleben	1999	739	885	1176	1183	1072	1236	1050	1291	0	0	0	10.63354	50.95684	SE930611	16				

Vestas V90 Offshore OH 05	2000	150	90 SÖM	WellSense	2007	1541	1405	1705	1755	1855	1898	1570	1808	54,9	0,0	0,0	10,98746	51,20483	SEE90859f	16	0	16068	16068027	35
V90 Offshore OH 04	2000	150	90 SÖM	WellSense	2007	1541	1405	1705	1658	1855	1898	1570	1808	54,9	0,0	0,0	10,98631	51,20738	SEE90504f	16	0	16068	16068027	35
V90 Offshore OH 07	2000	150	90 SÖM	WellSense	2007	1541	1405	1705	1691	1855	1898	1570	1808	62,1	0,0	0,0	10,99237	51,20367	SEE94421f	16	0	16068	16068027	35
V90 Offshore OH 02	2000	150	90 SÖM	WellSense	2007	1541	1405	1705	1829	1855	1898	1570	1808	62,1	0,0	0,0	10,98318	51,20348	SEE94655f	16	0	16068	16068027	35
V90 Offshore OH 06	2000	150	90 SÖM	WellSense	2007	1541	1405	1705	2035	1855	1898	1570	1808	56,7	0,0	0,0	10,99124	51,20738	SEE97072f	16	0	16068	16068027	35
E40 Høbe Bed WINA G	500	20	40 WAK	Werra-Sul	1997	1045	872	1219	1120	1076	1181	969	1216	0	0,0	0,0	10,03844	50,92961	SEE98183f	16	0	16063	16063007	35
Enercon E WKA 3	500	85	40 WAK	Werra-Sul	1999	1045	872	1219	1120	1076	1181	969	1216	0	0,0	0,0	10,11379	50,92961	SEE96635f	16	0	16063	16063103	35
E44 Flur 2	600	90	44 WAK	Werra-Sul	2002	1053	917	1222	1121	1067	1174	956	1220	0	0,0	0,0	10,10321	50,92864	SEE93988f	16	0	16063	16063103	35
Nordex N117/2400-c Wind Wipperfurdt G	2400	0	0 NDH	Wipperfurdt	2017	2143	2076	2378	2441	2294	2385	2049	2374	0	0,0	0,0	10,66247	51,48875	SEE92615f	16	0	16062	16062058	35
Nordex N117/2400-c Wind Wipperfurdt G	2400	0	0 NDH	Wipperfurdt	2017	2143	2193	2395	2761	2544	2304	2049	2374	0	0,0	0,0	10,65827	51,47271	SEE98297f	16	0	16062	16062058	35
Nordex N117/2400-c Wind Wipperfurdt G	2400	0	0 NDH	Wipperfurdt	2017	2143	2029	2383	2486	2279	2237	2049	2374	0	0,0	0,0	10,65937	51,47066	SEE93999f	16	0	16062	16062058	35
Nordex N117/2400-c Wind Wipperfurdt G	2400	0	0 NDH	Wipperfurdt	2017	2143	1940	2218	2375	1898	2402	2049	2374	0	0,0	0,0	10,66047	51,46589	SEE93999f	16	0	16062	16062058	35
Nordex N1 WP Pürtle WEA 4	4500	238	149 NDH	Wipperfurdt	2019	1723	1608	1855	1995	1026	2049	2049	2374	0	0,0	0,0	10,65377	51,46938	SEE94421f	16	0	16062	16062058	35
eno 126-4 WP Wippte eno126009	4000	200	126 NDH	Wipperfurdt	2017	1407	1203	1797	1943	1026	2049	2049	2374	0	0,0	0,0	10,66895	51,46764	SEE97313f	16	0	16062	16062058	35
eno 126-4 WP Wippte eno126008	4000	200	126 NDH	Wipperfurdt	2017	1407	1203	1797	1943	1026	2049	2049	2374	0	0,0	0,0	10,66443	51,46475	SEE99757f	16	0	16062	16062058	35
Nordex N117/2400-c Wind Wipperfurdt G	2400	0	0 NDH	Wipperfurdt	2017	2143	1672	1907	2001	2137	2464	2049	2374	0	0,0	0,0	10,66993	51,46491	SEE95506f	16	0	16062	16062058	35
Enercon E WP Ecksle E82 825815	2300	139	82 APD	Wormstec	2017	1874	1714	1994	2024	1734	1961	1200	1808	60,1	0,1	0,1	11,61517	51,46692	SEE98560f	16	0	16071	16071099	35
W-4200/S Windpark WW	500	70	41 APD	Wormstec	1996	733	694	993	826	779	819	967	1200	60,1	0,1	0,1	11,58739	51,03414	SEE95315f	16	0	16071	16071099	35
Enercon E WP Ecksle E82 825817	2300	139	82 APD	Wormstec	2014	1874	1668	1962	2011	1678	1961	1200	1808	60,1	0,1	0,1	11,61666	51,03022	SEE96286f	16	0	16071	16071099	35
43/500 Windpark WRW5	500	87	44 APD	Wormstec	1996	733	694	993	826	779	819	967	1200	60,1	0,1	0,1	11,58664	51,0325	SEE96178f	16	0	16071	16071099	35
V90 Planet ene Planet energy Wind	2000	150	90 SÖM	Wundersli	2011	1630	1539	1843	1888	1738	2057	1613	1835	69,8	0,1	0,1	11,0333	51,1664	SEE92044f	16	0	16068	16068062	35
V90 Planet ene Planet energy Wind	2000	150	90 SÖM	Wundersli	2011	1630	1539	1843	1888	1738	2057	1761	1917	69,5	0,1	0,1	11,0263	51,1676	SEE98949f	16	0	16068	16068062	35
Vestas V90 WP Wund WEA 28804-9	2000	150	90 SÖM	Wundersli	2011	1682	1550	1867	1896	1790	2142	1769	2049	68	0,1	0,1	11,0209	51,1679	SEE94390f	16	0	16068	16068062	35
Vestas V90 WP Wund WEA 28804-9	2000	150	90 SÖM	Wundersli	2011	1682	1550	1867	1896	1790	2142	1769	2049	68	0,1	0,1	11,02228	51,16937	SEE91434f	16	0	16068	16068062	35
Vestas V90 WP Wund WEA 28803-10	2000	150	90 SÖM	Wundersli	2011	1682	1550	1867	1896	1790	2142	1769	2049	68	0,1	0,1	11,03464	51,16937	SEE94636f	16	0	16068	16068062	35
Vestas V90 WP Wund WEA 28805-8	2000	150	90 SÖM	Wundersli	2011	1682	1550	1867	1896	1790	2142	1769	2049	68	0,1	0,1	11,0204	51,16525	SEE92778f	16	0	16068	16068062	35
Vestas V90 WP Wund WEA 28805-8	2000	150	90 SÖM	Wundersli	2011	1682	1550	1867	1896	1790	2142	1769	2049	68	0,1	0,1	11,02598	51,16392	SEE92984f	16	0	16068	16068062	35
Vestas V90 WP Wund WEA 28805-8	2000	150	90 SÖM	Wundersli	2011	1682	1550	1867	1896	1790	2142	1769	2049	68	0,1	0,1	11,03	51,168	SEE98946f	16	0	16068	16068062	35

1,8022 GW  
Ø 2057

Ø 1.411,8 Ø 1256,4 Ø 1567,7 Ø 1.326,4 Ø 1.322,6



# Rolf Schuster: „Die Physik des Stromnetzes lässt sich politisch nicht regulieren“

<https://eifelon.de/umland/rolf-schuster-die-physik-des-stromnetzes-laesst-sich-politisch-nicht-regulieren.html>

**Umland:** An drei Tagen im Juni stand das deutsche Stromnetz vor dem Zusammenbruch wegen zu geringer Einspeisung. Die modernen Industrienachbarstaaten haben uns nochmal ausgeholfen, Gott sei Dank. An vier anderen Tagen in diesem Monat musste Deutschland unverkäuflichen Stromüberschuss exportieren, mit „negativen“ Preisen. Ende 2022 geht das letzte deutsche Atomkraftwerk vom Netz... Und dann? **EIFELON** sprach mit dem Mann, dessen Grafiken zur Energiewende eines zeigen: Deutschland knallt mit voller Energie gegen die Wand.

Zurück zum vergangenen Juni: Jetzt müsse man erst einmal analysieren, ob die „Bilanzkreise“ ausgeglichen waren, sagen die Netzbetreiber über das allgemein verniedlichend „Stromchaos“ genannte Fast-Desaster. Und das, wir können es uns denken, kann dauern. Acht Wochen sind angesetzt. **EIFELON** wollte nicht so lange warten und auch nicht auf die Antwort der Grünen-Politikern Ingrid Nestle vertrauen:

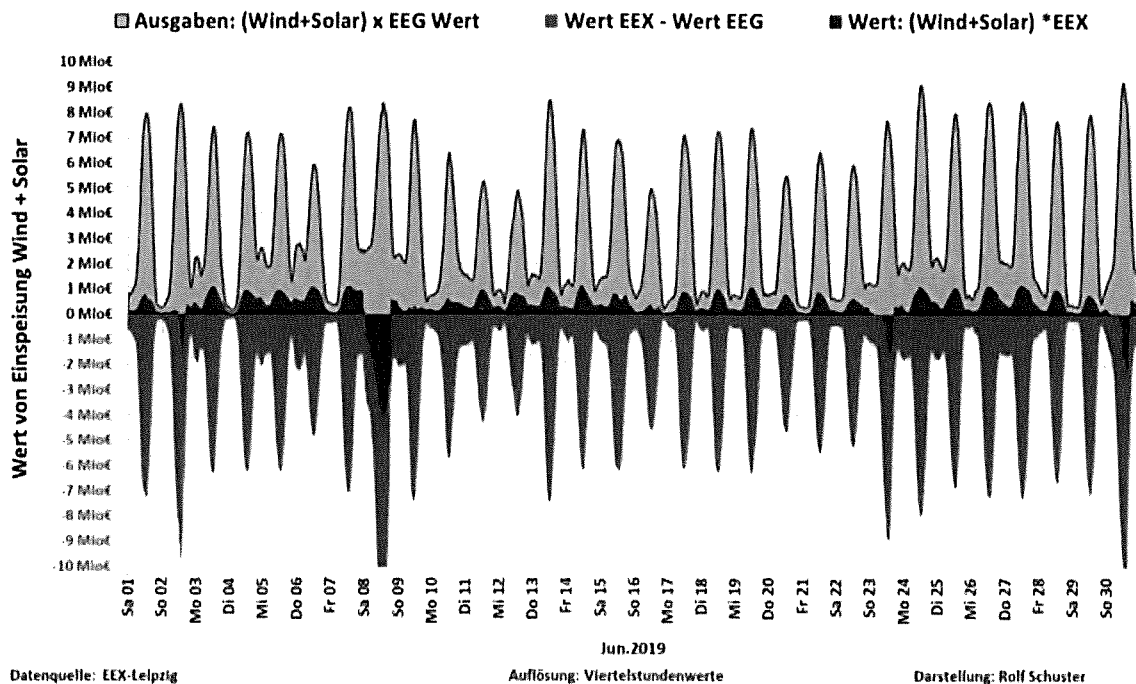
Auf keinen Fall darf der Eindruck entstehen, dass die Erneuerbaren Energien Schuld an den Verzerrungen sind. Hier handelt es sich eindeutig um mangelhafte Regulierung und politische Fehlsteuerung.“

Denn wir von **EIFELON**, der aufmerksame Leser weiß es, sind der Energiewende gegenüber pessimistisch eingestellt. Das liegt nicht an unserem Glauben, sondern daran, dass wir seit vielen Jahren die Grafiken von Rolf Schuster als Hintergrundrecherche mit verwenden. Die Daten rund um die Energiewende sammelt der 63-Jährige in seiner Freizeit aus für jedermann zugänglichen Quellen wie dem europäischen Verbundnetz, der Leipziger Strombörse, dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Umweltbundesamt. Die Daten übernimmt er eins zu eins. Beruflich entwickelt der gelernte Elektrotechniker in Hessen Maschinen für die Autoindustrie und unterzieht sie einer sicherheitstechnischen Risikoanalyse, d.h., er überprüft und dokumentiert, dass diese Anlagen kein Risiko für das Personal und Umfeld darstellen.

Vor neun Jahren hat er mit dem Datensammeln angefangen. Auslöser war der Bau von Windrädern im Westerwald. Schuster stellte Ortspolitikern kritische Fragen und wurde als Unwissender über die Energiewende abgewatscht. Seitdem bereitet er Energiedaten grafisch auf und sendet sie an alle, die nackte Fakten zur deutschen Energiewende interessieren: Professoren der Physik, Wirtschaftsbosse, darunter der ehemalige Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung Hans-Werner Sinn, einige wenige deutsche Politiker und Journalisten und natürlich das nahe und ferne Ausland, das „Tränen über Deutschland vergießt vor lauter Lachen“.

Schuster erfasst in seinen Grafiken alles, was es an statistischen Daten zu Klima und Energiewende deutschland- und weltweit gibt: Die Temperaturentwicklung, die CO<sub>2</sub>-Entwicklung, die Stromerzeugung durch Atom, Kohle, Erdgas und den Erneuerbaren, die jeweiligen Kosten, die Nennleistung im Vergleich zur tatsächlich erbrachten Leistung, die Stromerzeugung im Vergleich zum wirklichen Bedarf in Deutschland, aber auch in anderen Ländern wie Frankreich, den USA oder Australien.

Jun.2019	Wind + Solar EEG-Wert	Wind + Solar Börsenwert EEX	Differenz EEX-Wert - EEG-Wert	EEX Preis
Max / h	9.207.651,0 €	1.224.333,3 €		49,94 €/MWh
Mittel / h	3.321.467,2 €	398.637,8 €		26,27 €/MWh
Min /h	145.284,0 €	-4.134.519,3 €		-90,01 €/MWh
Summe Mon.	2.391.456.382,3 €	287.019.245,0 €	-2.104.437.137,3 €	



Am 8. Juni, Pfingstsonntag, ging es dann also los mit dem „Stromchaos“, das mal soeben in wenigen Stunden 157 Millionen Euro volkswirtschaftlich vernichtete, so zeigt es Schusters Auswertung. Der Stromkunde subventionierte mit der EEG-Umlage den Strom aus Wind und Sonne mit 116 Millionen Euro, obwohl der Strom an der Leipziger Börse einen negativen Gegenwert von minus 41 Millionen Euro erzielte. Die fünf Chaostage zusammengerechnet ergeben eine Negativbilanz von Achtung! 2.000.000.000 Euro (zwei Milliarden Euro) volkswirtschaftlichem Schaden. Das Geld ist natürlich nicht weg. Ein paar wenige freuen sich über so viel Zuwendung, neben den Großinvestoren diejenigen, die mit Eigenkapital oder über Fonds in die Erneuerbaren investiert haben. Und natürlich der Finanzminister, denn die Mehrwertsteuer kommt noch obendrauf.

Und ja, vielleicht mögen „böse Buben“ mit dem Strombedarf spekuliert haben, wie es jetzt durch die Medien rauscht, aber „Handelsmengen und physikalische Stromflüsse haben nichts miteinander zu tun“, so Schuster. Und in Richtung Ingrid Nestle sagt er:

Die Physik des Netzes interessiert sich nicht für politische Regulierungen. Wenn ich hinten kein Futter reinstecke, kommt vorne auch nichts raus“.

Fakt sei, dass wir zu einem bestimmten Zeitpunkt zu wenig Strom im Netz hatten, weniger als wir brauchten. Das sei nichts grundlegend Neues. Nur dieses Mal sind nicht genug konventionelle Kraftwerke eingesprungen, um die Versorgungslücke zu stopfen, weil sie in Reparatur waren. Diese Kraftwerke sind nicht auf das ständige An/Aus-Spiel ausgelegt, das der Zwang, den Erneuerbaren Vorrang einzuräumen, von den Kraftwerksbetreibern verlange

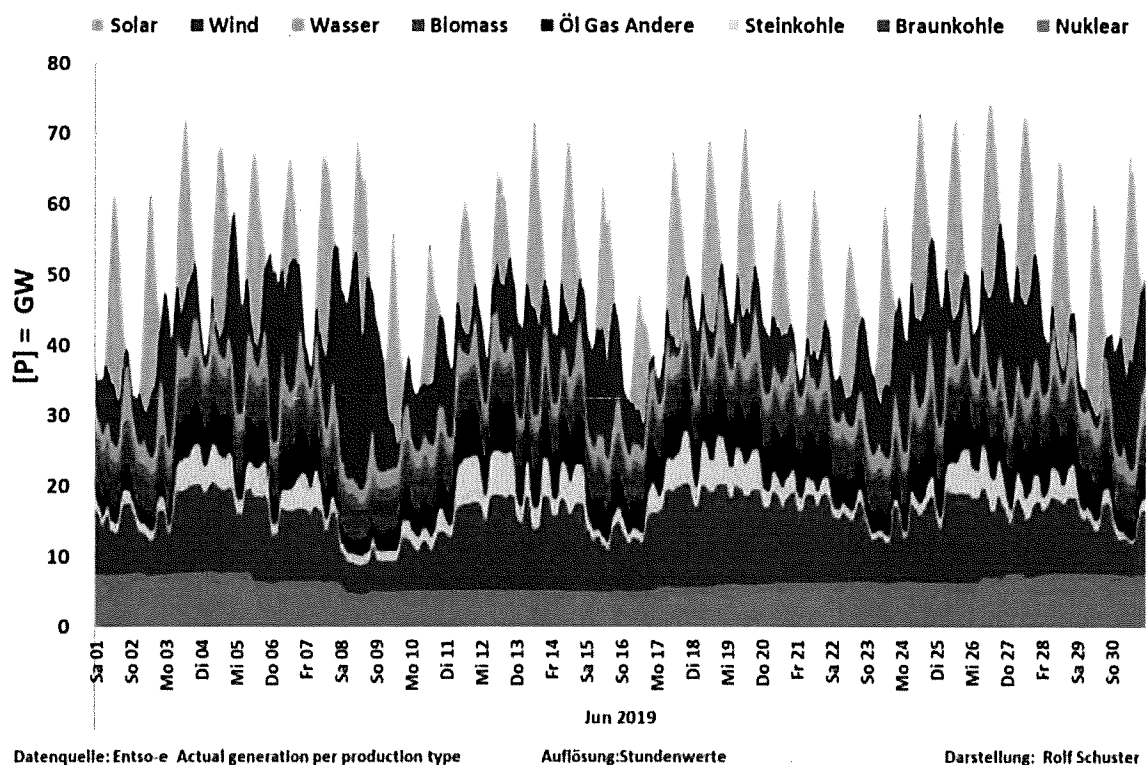
und verschleißten daher früher. Der Kraftwerksbetreiber sei natürlich nicht motiviert, großartig in die Kraftwerke zu investieren, da sie eh abgeschaltet werden sollen, so Schuster.

Die Erneuerbaren Energien brachten nicht die in der Prognose vom Vortag erwarteten Einspeisungen. Die Spekulation hat an einem Tag (23. Juni) zu massiven Preisverzerrungen geführt, zu sonst nichts. Den Spekulanten die Engpässe anzulasten, ist absurd. Die haben „nur“ die Preise für Regelenergie in astronomische Höhe getrieben, auf Kosten der Verbraucher. Das Gesetz, das dies möglich macht, stammt vom Gesetzgeber“, sagt Peter Geisinger von Vernunftkraft-Odenwald.

An diesen Chaostagen zeigt sich die Misere der deutschen Energiewende, die auf unzuverlässigen Strom aus Sonne und Wind setzt, für den wir keinen Speicher haben. An der Unzuverlässigkeit ändert auch ein verstärkter Netzausbau nichts, weil die wetterbestimmenden Hoch- und Tief-Druckgebiete größer als Deutschland sind. Damit findet ein Unterschied zwischen Nord- und Süd- Wetter auch nicht statt, es sind überall die gleichen Wetterbedingungen. Dabei war es noch nicht einmal ein stürmischer sonniger Herbsttag mit hohem Energieeintrag oder Weihnachten, zu dem extrem wenig Energie verbraucht wird. Die Chaostage geschahen an wettermäßig unspektakulären Junitagen.

Wenn Politiker den Bürgern weiter erzählen, wir müssten noch mehr Windräder aufstellen, um mehr Energie zu erzeugen, dann ist das eine Luftnummer.

Wenn ein Windrad steht, dann steht es, weil es nicht weht. Dann stehen auch die anderen Windräder“, sagt Schuster.



Zusammensetzung des Strommixes nach Erzeugung.

Wer die Windräder für längere Zeit beobachtet oder einfacher Schusters Grafiken betrachtet hat, weiß, dass die Wind-Energieträger statistisch weniger als 2.000 der 8.760 Stunden eines Jahres ihre theoretische Leistung erreichen. Über dreiviertel des Jahres stehen sie

„statistisch“ still und leisten gar nichts.

Die Grafiken zeigen auch, dass die bisherigen 30.000 Windräder nur rein bilanziell zwanzig Prozent des Strombedarfs in Deutschland decken. In der deutschen Gesamtenergiebilanz aus allen Energieträgern, in denen Energie mechanisch, thermisch, chemisch oder physikalisch gespeichert ist, machen sie nur magere drei Prozent aus.

Und auch eine Verhundertfachung der Windräder auf 150.000 Stück wird nur auf dem Papier den Energiebedarf zu hundert Prozent abdecken. Denn zwischen dem Papier und der Wirklichkeit steht der Wind. Und bei Windstille dreht sich bekanntlich kein Windrad und wenn dann auch noch keine Sonne für Solaranlagen da ist, etwa nachts, haben wir die so genannte Dunkelflaute. Ohne Stromzufuhr aus anderen Energiequellen, gehen dann nicht nur die Lichter in Deutschland aus.

Umgekehrt erzeugen die Windräder bei starkem Wind zu viel Energie, weil sich dann alle auf einmal drehen. Mit jedem weiteren Windrad steigen die Stromerzeugungsspitzen, aber nicht die kontinuierliche Stromerzeugung für jede benötigte Sekunde, wie es die konventionellen Energieerzeuger garantieren. Auch wenn wir den Strom der Erneuerbaren gerade nicht benötigen, ist er trotzdem im Stromnetz. Und auch wenn wir der Grünen Annalena Baerbock gern glauben würden, physikalisch lässt sich Strom nicht im Netz speichern. Damit die Infrastruktur des Netzes geschützt und das Netz auf keinen Fall instabil wird, bieten wir den Strom unseren Nachbarländern als Geschenk an und hoffen, dass sie es auch annehmen. Über die EEG-Umlage erhält der Windradbetreiber aber trotzdem sein Geld. Das ist ihm pro Windrad für 20 Jahre zugesichert. Wir, die Stromkunden, stellen den Scheck aus. Wird der Scheck bei zunehmender Windradzahl noch größer?

So wird dann auch die Stromtrasse von Nord- nach Süddeutschland aus den genannten Gründen nicht funktionieren. Wir können nur maximal 25 Prozent der Kapazität eines Windrads nutzen. Mehr kommt nicht an Wind.

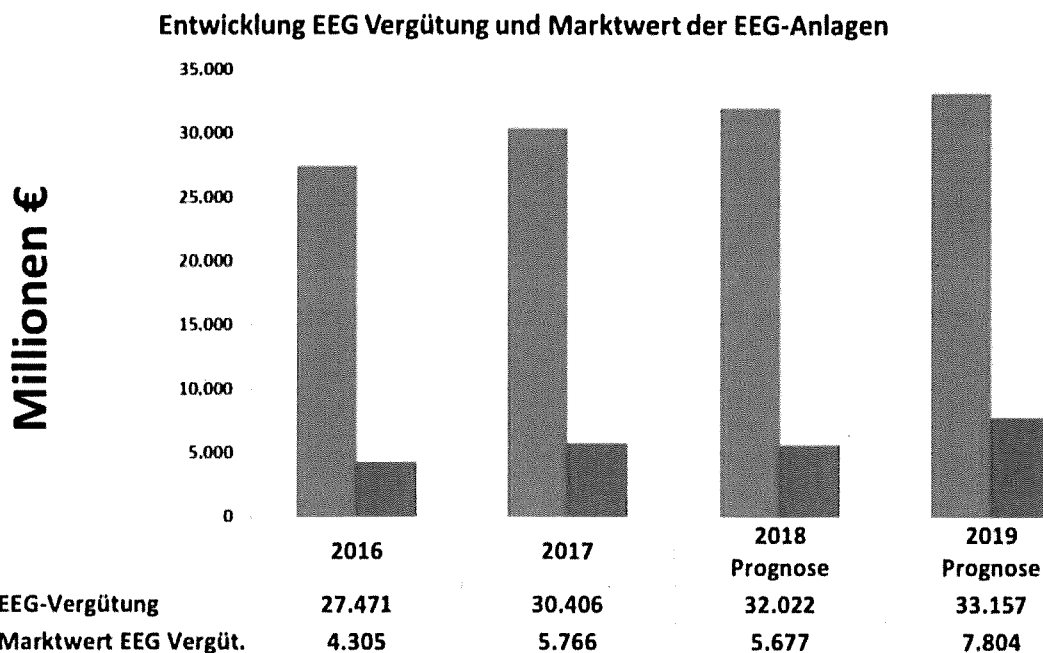
Wie man damit ein Grundlaststromwerk in Bayern ersetzen möchte, ist mir ein Rätsel“, sagt Schuster.

Rein gedanklich müssten die Windanlagen im Norden dann immer doppelt so viel Strom erzeugen, wie im Norden benötigt wird, damit die andere Hälfte den Süden versorgen kann und umgekehrt. Die Hoch- und Tiefdruckgebiete sind jedoch in der Regel größer als unser kleines Deutschland und überziehen auch die Nachbarländer. Weht im Norden kein Wind, dann auch im Süden nicht und auch nicht in Frankreich. Daran scheitert ein angedachter Netzverbund mit unseren Nachbarn aus rein Erneuerbaren Energien, in dem der Windstrom hin- und hergeleitet würde.

In den Niederlanden hat der dortige Bundesrechnungshof eine Energiewende à la Deutschland durchgerechnet und wie die deutschen Kollegen festgestellt, dass das zu teuer wird. Der Vorteil in den Niederlanden für das Portemonnaie des Bürgers: Dort hören die Politiker auf die Hüter des Steuergeldes und diskutieren ergebnisoffen und öffentlich das Pro und Kontra von Energiereformen inklusive der anfallenden Kosten.

In Deutschland haben wir seit dem Jahr 2000 die Energiewende mit inzwischen rund 250.000.000.000 Euro durch die EEG-Umlage subventioniert. Tendenz steigend mit zunehmendem weiteren Ausbau der Erneuerbaren. Allein in diesem Jahr werden es geschätzt 30 Milliarden Euro sein. Tatsächlich Wert an der Strombörse ist der Strom aus Wind- und Sonnenenergie für dieses Jahr geschätzt nur acht Milliarden Euro. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit aber zählt „die Windenergie an Land mittlerweile zu den kostengünstigsten Energiequellen in Deutschland“.





Datenquelle: BMWi / Bundesnetzagentur

Darstellung: Rolf Schuster

#### Entwicklung EEG Vergütung und Marktwert der EEG-Anlagen

Dann könne man ja getrost die EEG-Umlage abschaffen, sagt Schuster und fragt sich für einen Moment, was wir mit den vielen Milliarden Euro in Deutschland alles reparieren werden? Nein, realistisch sei, dass die EEG-Umlage bleibe und die CO<sub>2</sub>-Steuer noch dazu komme, quasi der Eisladen zur Kugel Eis im Monat. (Auf den Betrag einer Eiskugel bezifferte der damalige Umweltminister Jürgen Trittin die EEG-Umlage für den einzelnen Bürger bei ihrer Einführung. Inzwischen liegt sie bei monatlich hundert Eiskugeln.) Das ist aber nur die EEG-Umlage, noch nicht der Endpreis auf der Stromrechnung.

30.000 Windräder stehen bereits in unserem Land. Die Bundesregierung unter Angela Merkel ist dabei, sie auf zunächst 120.000 aufzustocken. Die BRD hat eine Fläche von rund 357.000 Quadratkilometern. Ob demnächst auch die größeren Städte umzingelt werden, in denen es sich bisher so schön abseits der lärmenden Windräder, wie in einer Parallelwelt, zu den ländlichen Regionen leben lässt? Windräder im Königsdorfer Forst für die grünen Städter, warum nicht? Schuster nennt ein Beispiel aus der hessischen Stadt Wetzlar, wo die Buderuswerke mit einem Elektroschmelzofen ihre Produkte herstellen. Um einzig den Strombedarf von 400 Gigawattstunden dieses einen Ofens zu decken, müsste man um Wetzlar hundert Windräder aufstellen und hoffen, dass der Wind 24 Stunden am Tag bläst.

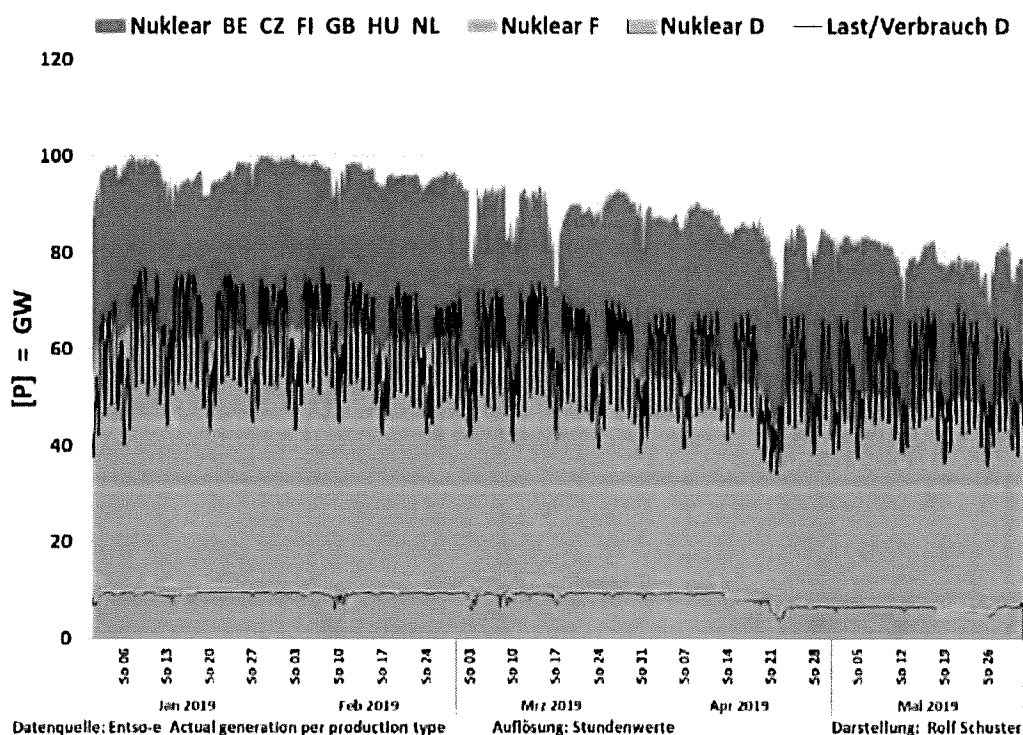
Wir müssen uns bewusst sein, dass wir mit Windrädern die bestehende Industrie nicht aufrechterhalten können. Wenn die nach und nach abzieht, werden wir andere Schmerzen haben als Atemnot durch Klimawandel“, sagt Schuster.

Derzeit bangen die Mitarbeiter der energieintensiven Aluminiumverhüttung in Neuss um die Stromversorgung und ihre Jobs.

Es ist doch Wahnsinn, dass sich der Bundeswirtschaftsminister hinstellt und sagt, wir werden die fehlende Energie von den europäischen Partnern bekommen. Übersetzt heißt das nichts anderes als: Wir setzen auf Strom von unsicheren belgischen Atomkraftwerken“,

zitiert RP-online den Betriebsratsvorsitzenden des norwegischen Aluminiumherstellers Hydro am Standort Grevenbroich, Heinz Höhner. 2018 gab es 18 stromnetzbedingte Abschaltungen bei Hydro. Fällt eine Anlage zur Aluminiumverhüttung für nur zwei Stunden aus, ist sie Schrott.

Die eigene sichere Stromversorgung zu vernichten und naiv darauf zu hoffen, die Nachbarländer werden uns immer im Notfall mit ihrem Strom versorgen? Auch Schuster setzt hier ein großes Fragezeichen. Er mahnt an, dass wir in Deutschland das Wissen und die Forschung zu den bisherigen Energieformen immer weiter verlieren. Rund um unsere Insel gehe die Nutzung von Kohle- und Atomkraftwerken weiter. China unterstützen wir finanziell mit Millionen Euros beim Bau neuer Kohlekraftwerke. Was früher deutsches Knowhow war, ist jetzt in chinesischer Hand. China plant und baut inzwischen auch weltweit 300 neue Kohlekraftwerke, etwa in Pakistan.



### Kernkraftnutzung in Europa

Atomkraftwerke werden weltweit weiterentwickelt. Russland setzt weiter auf die so genannten schnellen Brüter, die inzwischen Leistungen von mehr als 800 Megawatt erbringen, und auf ein Mini-Atomkraftwerk von 80 Megawatt, das sich per Schiff transportieren lässt und eine Stadt am nördlichen Eismeer mit Strom und Wärme versorgt ([ingenieur.de](http://ingenieur.de)). Nach 30 Jahren wird das schwimmende Atomkraftwerk Akademik Lomonossow zum Hersteller zurückkehren und abgebaut werden, wie Schuster erklärt. Auch am Abfallproblem arbeiteten die anderen Länder weiter. Bisher bleibt 95 Prozent des radioaktiven Materials eines Atomkraftwerks ungenutzt. Die Atomkraftwerke der fünften und sechsten Generation werden das Material verwerten. Übrig bleiben Radionukleotide mit einer Strahlendauer von hundert Jahren.

Auch wenn wir aus der Atomkraft aussteigen – die Welt wird sich die Nutzung von Atomstrom von uns besserwisserischen Deutschen nicht verbieten lassen“, sagt Rolf Schuster, der Datensammler.

Wie er damit klarkomme, täglich mit seinen Grafiken die nackten Fakten zur deutschen Stromversorgung zu sehen und mitzuerleben, welchen Irrweg die Politik immer weiter und immer stärker beschreitet, als gäbe es keinen Stopp, keinen Verstand und auch keine Verantwortung gegenüber den Menschen, die hier leben? Rolf Schuster antwortet:

Der Spruch, dass eine Generation ihren Kindern eine bessere Zukunft hinterlässt, trifft meines Erachtens nicht auf Deutschland zu.“

Mehr Grafiken von Rolf Schuster unter [Vernunftkraft-Odenwald/](#)

<https://www.vernunftkraft-odenwald.de/grafiken-von-rolf-schuster-zur-energiewende>